Einzelpreis 15 Pf. Halle, Mittwoch, den 22. Oktober 1919. 30. Jahrgang · Nr. 248

Verlag u. Geschäftsstelle: Halle (Saale), Harz 42-44. Fernruf 1047. Geöffnet von 7½ Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags. Postscheckkonto: Leipzig 1610.

Volksblatt

Schriftleitung: Halle (Saale), Harz 42-44. Fernruf 1045. Sprechzeit: Nur werktags von 12 bis 1 Uhr mittags.

Sozialdemokratisches Organ für Halle und den Bezirk Merseburg.

Bezugspreis: Frei Haus monatl. 1,75 Mk., vierteljährl. 5,25 Mk.; durch die Post bezogen monatl. 1,75 Mk., ohne Zustellungsgebühr.

Erscheint jeden Werktag nachmittags. Anzeigen bis morgens 9 Uhr erbeten, größere tags vorher.

Anzeigenpreis: 20 Pf. für den Millimeter Höhe u. Spalte; 60 Pf. für Reklame, anschließend an den dreigespaltenen Textseitenteil.

Nieder mit dem internationalen Kapitalismus!

Ein sozialistischer Kampfruf für Sowjetrußland.

Gegen die verbrecherische Ostpolitik!

Die Regierungen der Ententestaaten haben neue Schritte unternommen, um

die verschärfte Blockade Sowjetrußlands

zu verwirklichen. Für das Proletariat der ganzen Welt ist damit eine neue Lage geschaffen; es muß seine ganze Kraft zusammenfassen, um entscheidend in die Ostpolitik der Regierungen einzugreifen und die internationale Verschwörung des Kapitals zu vereiteln.

Die russische Sowjetrepublik ist auf allen Seiten von Feinden bedroht, die unter dem Schlachtruf „Gegen den Bolschewismus" in Wahrheit gegen alle Sozialisten der Welt kämpfen. Im Osten Sowjetrußlands steht Koltschak; mehrere Male besiegt und zurückgeschlagen, sammelt er immer wieder Truppen gegen Moskau. Vom Süden her rückt Denikin gegen Moskau vor. Petersburg wird von den Truppen General Judenitschs und von der englischen Flotte bedroht. An der Westfront sammelt sich neben den Polen, die die Rolle des Gendarmen der Entente spielen, die konterrevolutionäre Armee der deutschen und russischen Monarchisten; von Kurland und Litauen aus hat sie ihren Vormarsch begonnen, um ihren Teil von der Beute zu nehmen.

Eine mehr passive Rolle bei diesem Kesseltreiben gegen Sowjetrußland spielen die ehemals russischen Randvölker, die Esten, die Letten, die Litauer, die Weißrussen, die Ukrainer. Die Abneigung gegen den Bolschewismus und den großrussischen Zentralismus hat auch viele kleinbürgerliche und bäuerliche Schichten in diesen Ländern den Feinden Sowjetrußlands in die Arme getrieben. Sie fürchten aber nicht minder den Sieg Koltschaks und Denikins, die ihnen nicht nur ihre Selbständigkeit, sondern auch den Grund und Boden rauben und sie in die zaristische Sklaverei zurückstoßen würden. Sie fürchten auch die Festsetzung der Entente in den Randländern, die ihnen ökonomische Unterjochung und Abhängigkeit bringen würde. Vor allem aber fürchten sie die deutschen Reaktionäre und Militaristen, die ihre raubgierigen Finger wieder nach dem Osten ausgestreckt haben.

Die Besorgnis vor den offenen und verkappten Räubern aus dem Westen macht die Regierungen der russischen Randländer geneigt, dem Verlangen der dortigen Sozialisten stattzugeben:

Friede mit Sowjetrußland

zu schließen. Diese Friedensbereitschaft muß vom deutschen und vom westeuropäischen Proletariat gefördert, sie muß als Grundlage für eine Aktion in allen Ländern benutzt werden, die die Bahn frei macht für den

Gesamtfrieden im Osten,

zu dem sich die Sowjetregierung in feierlichen Kundgebungen an alle Regierungen mehrfach bereit erklärt hat.

Dieser Friede wird nur möglich, wenn das gesamte europäische Proletariat den stärksten Druck auf seine Regierungen ausübt und sie zwingt, ihre militärischen Expeditionen und die mörderische Blockade gegen das russische Volk einzustellen, jegliche offene und verkappte Unterstützung der Koltschak, Denikin, Judenitsch, Awalow-Bermondt zu unterlassen und von der politischen und wirtschaftlichen

Vergewaltigung der Randvölker,

von jeder Ausnutzung dieser Völker zum Kampf gegen Sowjetrußland Abstand zu nehmen. Solange der westeuropäische Imperialismus das Chaos und die Anarchie im Osten künstlich aufrechterhält und die Ostländer als Werkzeuge seiner Politik mißbraucht, kann es nicht zum Frieden kommen.

Das deutsche Proletariat hat hierbei besondere Aufgaben zu erfüllen: Sein Kampf gegen die Russenpolitik der Westmächte ist zugleich

ein Kampf gegen die deutsche Gegenrevolution,

die im Osten erstarkt. Das baltische Abenteuer der deutschen Militärs, das Auftreten des Grafen Goltz und anderer Offiziere, die Konspirationen zwischen den Häuptern der deutschen Schwerindustrie, des Adels und der Militärkamarilla mit den Führern der russischen monarchistischen Gegenrevolution geben den vollen Beweis, daß die deutschen Imperialisten und Militaristen bei günstiger Gelegenheit sich im Osten für ihre Verluste und Niederlagen schadlos halten und die russische Gegenrevolution als Sprungbrett für die Gegenrevolution in Deutschland benutzen wollen.

Die ablehnende Haltung der Entente den deutschen Imperialisten gegenüber macht diese in ihren Plänen nicht irre. Sie suchen die Furcht des Ententekapitals vor der deutschen Konkurrenz im Osten zu zerstreuen, indem sie ihnen die Vorteile der deutschen Waffenhilfe, die Tüchtigkeit der deutschen Generale und Landsknechte beim Feldzug gegen Moskau vor Augen führen. Die Aufforderung der Entente, an der Blockade Rußlands teilzunehmen, kommt den deutschen Feinden des Sozialismus und der Demokratie nicht ungelegen. Bietet ihnen die Entente als Gegenleistung mehr Soldaten für die Reichswehr und einen Teil der russischen Beute, so werden sie sich auch in dieser Frage mit dem „Erb- und Landesfeind" verständigen.

Wir brandmarken die Pläne der deutschen Militaristen und Imperialisten, wie die gegenrevolutionären Maßnahmen der Ententeregierungen. Wir erheben Anklage gegen die Verbrechen, die die deutschen Militaristen im Osten verüben. Wir protestieren gegen die Liebesdienste, die die Regierung ihnen und den ihnen verbündeten zaristischen Gegenrevolutionären erwiesen hat. Wir sagen schärfsten Kampf an der Verschwörung, die sich gegen die russische wie gegen die deutsche Revolution richtet. Diesem räuberischen, arbeiterfeindlichen Treiben hat sowohl die Regierung Scheidemann wie die Regierung Bauer durch ihre Politik offen und insgeheim Vorschub geleistet.

Mit gleicher Schärfe erheben wir Protest gegen die

Interventionspolitik der Entente

im Osten. Diese Politik ist ein Verbrechen an den Völkern Rußlands und an der Zukunft der Welt. Wir begrüßen die Aktionen, die von unseren Genossen in den Ländern der Entente mit zunehmender Wucht gegen die Blockade Sowjetrußlands und für die Friedensverhandlungen mit der Sowjetregierung unternommen werden; auch wir sind entschlossen, diesen Kampf, den wir seit Monaten führen, mit aller Energie fortzusetzen. Das allein kann dem blutigen Chaos im Osten ein Ende setzen, den Sozialismus retten und das Aufsteigen einer finsteren Reaktion verhindern, die das Proletariat aller Länder bedroht.

Von der deutschen Regierung verlangen wir, daß sie endlich mit wirksamen Taten eine klare, ehrliche Stellung in der Ostpolitik einnehme. Alle Personen in amtlicher Stellung, die durch Handlungen oder Unterlassungen die jetzige Verwicklung Deutschlands im Osten verschuldet oder sich an der Verschwörung mit den russischen Gegenrevolutionären beteiligt haben, sind ihrer Posten zu entheben und unter Anklage zu stellen. Alle Militärs, die dem Rückkehrbefehl der Regierung keine Folge leisteten, sind unverzüglich ihrer staatsbürgerlichen Rechte verlustig zu erklären. Die Beteiligung an dem Menschenschacher für die russischen Weißen Garden und die Werbungen unter den noch immer in Deutschland zurückgehaltenen russischen Kriegsgefangenen sind unter strenge Strafe zu stellen.

Die Aufforderungen der Entente, an der **Blockade Rußlands teilzunehmen, ist abzulehnen.** Zugleich hätte die Regierung ihre Bereitwilligkeit zu erklären, **unverzüglich die diplomatischen Beziehungen und den wirtschaftlichen Verkehr mit Sowjetrußland wieder aufzunehmen.**

Ueber diese Mindestforderungen hinaus muß das deutsche Proletariat bereit sein, Anschläge von deutscher Seite gegen die Sowjetrepublik oder die russischen Randstaaten zu vereiteln und den Abwehrkampf unserer russischen Genossen zu unterstützen. Das deutsche Proletariat darf schon in seinem eigenen Interesse nicht dulden, daß die russische Revolution niedergeschlagen werde. Der internationalen Front des Kapitals gilt es, die

internationale Front des Proletariats

entgegenzustellen. Ueber die noch immer gesperrten Grenzen hinweg strecken wir den russischen Genossen die Bruderhand entgegen, von der Ueberzeugung durchdrungen, daß es dem gemeinsamen Kampfe des internationalen Proletariats gelingen muß, der Weltreaktion Herr zu werden und die Sache des Sozialismus zum Siege zu führen.

Die Zentralleitung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Fraktion der Nationalversammlung

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219191022-11/fragment/page=0001

Schuldige am Kriege

vor dem Untersuchungsausschusse.

Fast ein Jahr nach Beendigung des großen Völkermordens ist man nun endlich allmählich denn doch soweit gekommen, ernsthaft daran zu gehen, die Schuld der einzelnen deutschen Staatsmänner, Diplomaten, Heerführer usw. am Kriege und an der Verlängerung des Krieges festzustellen. Zu diesem Zwecke hat bekanntlich die Nationalversammlung eine parlamentarische Untersuchungskommission eingesetzt. Nach einer Reihe geschlossener Sitzungen tagte der Unterausschuß dieser Kommission am 21. Oktober zum ersten Male öffentlich. Die Oeffentlichkeit freilich ist eine beschränkte, Publikum im eigentlichen Sinne ist kaum vorhanden, denn der Zutritt zu den Verhandlungen ist nur gegen Karten möglich, und mit den Karten ist man sehr sparsam umgegangen. Sehr zahlreich aber ist die Presse vertreten, die inländische sowohl, wie die ausländische. Daneben außer der Untersuchungskommission viele Mitglieder der Nationalversammlung und ein Tisch voll Sachverständiger, von denen zunächst Prof. Dietrich Schäfer vom Vorsitzenden vereidigt werden.

Der im Sitzungssaale I des Reichstagsgebäudes tagende Untersuchungsausschuß soll vor allem die Friedensmöglichkeiten während des Krieges prüfen. Des chronischen Papier- und Raummangels wegen können wir aus den interessanten Verhandlungen nur das Allerwesentlichste berichten:

•

Mancherlei der Oeffentlichkeit bisher unbekannte Momente ergaben sich aus den Ausführungen des Referenten des zweiten Unterausschusses Dr. Sinzheimer und der Vernehmung des ehemaligen deutschen Gesandten in Amerika Grafen Bernstorf. Zunächst konnte festgestellt werden, daß Wilson bis zur Erklärung des rücksichtslosen U-Boot-Krieges und noch einige Zeit nachher bis zur Kriegserklärung Amerikas sehr **energisch an der Herbeiführung des Friedens gearbeitet**, und zwar auf Grund der Formel:

Keine Sieger und Besiegte.

Die deutsche Regierung, von Bernstorf wiederholt eindringlich auf Wilsons Wünsche aufmerksam gemacht, legte ein geradezu unsinniges Verhalten an den Tag, obwohl der Vertrauensmann Wilsons, Oberst House, zweimal im Winter 1915-16 mit Solf und Bethmann über Wilsons Bemühungen verhandelt hatte. Wilson war schon im Mai 1916, nachdem Deutschland in einer Note über die widerrechtliche Torpedierung des Dampfers Sussex abgegeben, den U-Boot-Krieg in Zukunft nach den völkerrechtlichen Bestimmungen über den Kreuzerkrieg führen zu wollen, zu einer

direkten Friedensvermittlung,

eventuell unter Hinzuziehung des Königs von Spanien und des Pabstes, bereit. **Bethmann Hollweg lehnte direkte Vorschläge an Wilson zur Uebernahme der Friedensvermittlung ab**, weil Deutschland nicht wünschte, daß der amerikanische Präsident an der eigentlichen Friedenskonferenz teilnehme, sondern ihn nur zu einer Konferenz nach Friedensschluß zur Besprechung internationaler Fragen hinzugezogen wissen wollte. Im übrigen war Deutschland mit einem Apell Wilsons an die Kriegführenden zur Herbeiführung des Friedens einverstanden. Bernstorf erhielt während des ganzen Sommers 1916 dauernd Instruktionen, um Wilsons Vermittlungsabsichten zu fördern. Noch am 20. November telegraphierte der damalige Staatssekretär des Aeußeren von Jagow an Bernstorf, Wilsons Friedensvermittlung sei erwünscht. Zur gleichen Zeit aber wurde im Großen Hauptquartier zu Pleß das deutsche Friedensangebot vom Dezember 1916 beschlossen. Weshalb, ist schwer verständlich. Sinzheimer verlangt mit Recht die Gründe zu wissen. Um so mehr, als Bernstorf wiederholt erklärt, das deutsche Friedensangebot hätte Friedensaussichten verschlechtert, weil die Entente daraus geschlossen, Deutschland brauche den Frieden. Wilsons Aktion, die Bernstorf am 24. November 1916 als nahe bevorstehend ankündigte, sei durch Deutschlands Friedensangebot am 12. Dezember 1916 erschwert worden. Der Grund der Ueberstürzung des deutschen Angebots erscheint als um so weniger verständlich, als Staatssekretär von Jagow am 26. November 1916 an Bernstorf telegraphierte, Wilsons Vermittlung würde einem Friedensschritt der Zentralmächte vorgezogen. Er würde aber klar werden, wenn man Sinzheimers Ankündigung der Bedingungen zum Friedensschluß auf Grund des deutschen Angebotes kennen lernt, die im Verlaufe der weiteren Vernehmung bekannt werden sollen und durchaus nicht den Status quo ante fordern, wie von der deutschen Regierung behauptet.

Wilsons Friedensapell, in dem er die öffentliche Bekanntgabe der Friedensliebe der Kriegführenden forderte, erging, durch den Gesandten einer neutralen Macht am 18. Dezember in Berlin offiziell angekündigt, am 21. Dezember 1916. Obwohl nun Bernstorf am 25. Dezember telegraphierte, die öffentliche Meinung Amerikas unterstütze Wilsons Vorgehen, bestätigte Zimmermann am 26. Dezember den Empfang von Wilsons Note nur mit allgemeinen Redensarten, ohne Wilsons Aufforderung zur Bekanntgabe der Kriegsziele zu beachten. Und zwar war diese Unterlassung, die einen Erfolg der Aktion Wilsons unmöglich machte, auf Verlangen militärischer Stellen geschehen. Bernstorf hatte seitdem wiederholt Besprechungen mit Oberst House, der wenigstens vertrauliche Bekanntgabe der deutschen Kriegsziele verlangte. Seine Vorstellungen blieben aber erfolglos. — Und zwar, wie die Formulierung der Friedensbedingungen, die zum Angebot vom 12. Dezember geführt hatten — mit Billigung des Kaisers. Bernstorf erklärte sofort, dies

bedeute den Krieg mit Amerika.

Die Unterstaatssekretäre Alberts und Haniels schlossen sich seiner Auffassung an und verwiesen in einem Gutachten auf die unerschöpflichen Hilfsmittel Amerikas. Alles vergebens! **Kaiser und Heer wollten den rücksichtslosen U-Boot-Krieg.** Bernstorf bekam die Anweisung, seinen Beginn zum 1. Februar 1917 am 31. Januar 1917 abends in Washington anzukündigen. Wilson ließ nochmals alle Minen springen. Bernstorf telegraphierte vergebens um Aufschub des Beginns. Er wird abgelehnt aus technischen Gründen, weil den bereits in Seee gegangenen U-Booten keine rechtzeitige Meldung mehr gemacht werden könne. Gleichzeitig erhält Bernstorf von Bethmann den Auftrag, Wilson zu erklären: Die öffentliche Bekanntgabe der Bedingungen, auf Grund deren Deutschland am 12. Dezember 1916 Frieden zu schließen bereit gewesen wäre, sei unmöglich. Wilson hat sich trotzdem am 30. Januar 1917 **nochmals zur Friedensvermittlung erboten. Der Beginn des verschärften U-Boot-Krieges aber machte sie unmöglich.** — Wilson ist also, soviel kann man schon jetzt als Ergebnis und Vernehmung des Grafen Bernstorf behaupten — unter allen Umständen zur Friedensvermittlung während des ganzen Krieges bis zum Ausbruch des verschärften U-Boot-Krieges bereit gewesen. Alle Bedingungen, die ihm vernünftigerweise von Deutschland gestellt werden konnten, nahm er an. Wenn seine Friedensversuche gescheitert sind, so einzig und allein durch die Schuld der damaligen deutschen Machthaber!

Die imperialistische Räuberbande.

Der „Rechtsfrieden" in der Praxis.

Der Imperialismus wütet überall. Nicht eine einzige der Regierungen der siegreichen Staaten, die der Welt einen „Frieden des Rechts" versprachen, denkt auch nur daran, ihren Worten die Tat folgen zu lassen. An die Seite Italiens, das die reindeutschen Gebiete Tirols und Kärtens annektiert, an die Seite Frankreichs, das die Deutschen des Rheinlandes und des Saargebietes in fünfzehnjähriger Besetzung mit allen Mitteln des Zwanges zu französieren sucht, an die Seite Polens, das sich nicht mit den Gebietsteilen Deutschlands begnügen will, die eine wirklich polnische Bevölkerung haben, sondern auch alle völlig deutschen Teile der Ostprovinzen sich zu unterwerfen beabsichtigt, tritt jetzt würdig die imperialistische Vormacht Asiens: Japan. Wie die Chicago Tribune mitteilt, haben japanische Staatsmänner offiziell erklärt, daß Japan auf keinen Fall auf „seine Rechte", auf die Mandschurei und auf die Schantung-Halbinsel verzichten würde. Die „Rechte" Japans, von denen seine Staatsmänner hier sprechen, sind in Wahrheit nichts anderes als die Macht seiner Bajonette. Denn während des Krieges hatte Japan selbst feierlich erklärt, es würde die Halbinsel Schantung, die das Deutsche Reich widerrechtlich China entrissen und die Japan zur „Ehre des Rechts" den Deutschen wieder abgenommen habe, nach Kriegsende den Chinesen zurückgeben. Und nunmehr gehen die Japaner — die „Preußen des äußersten Ostens", wie französische sozialistische Blätter sie nennen — noch gewaltsamer und rechtloser vor, als früher die Deutschen. Denn während diese sich wenigstens mit geringen Küstenstrichen der Halbinsel begnügt hatten, rauben die Japaner gleich die ganze Chantonng, das übrigens die schönste, reichste und fruchtbarste Provinz ganz Chinas ist.

Wahrlich, die Gewalttaten und die Rechtlosigkeiten des Imperialismus und des Kapitalismus sind in der ganzen Welt die gleichen. Nur die Durchdringung aller Länder in der ganzen Welt mit dem Gedanken und den Idealen des Sozialismus kann der gesamten Menschheit den wahren Weltfrieden bringen. Um so froher können wir daher sein, daß auch in den fernsten Ländern die Ideen des Sozialismus in den letzten Jahren einen großen Aufschwung genommen haben, und gerade in Japan, das erst seit wenigen Jahren überhaupt eine sozialistische Bewegung kennt, hat der Krieg und seine Folgen dieser Bewegung bereits einen gewaltigen Erfolg gebracht.

Die Kämpfe um Petersburg.

Bern, 21. Oktober. Die meisten aus englischer Quelle stammenden Nachrichten über den Fall Petersburgs treffen keineswegs zu. Nach zuverlässigen Nachrichten ist die Armee des Generals Judenitsch viel zu schwach, um in entschiedener Weise den Bolschewisten entgegentreten zu können. Die bisherigen Meldungen sind anscheinend zu dem Zwecke in die Welt gesetzt, um England als den siegreichen Bekämpfer des Bolschewismus hinzustellen.

Helsingfors, 21. Oktober. (W. T. B.) **Die russische Nordwestarmee überschritt den Vorort Pulkowo südlich von Petersburg. Der Stab Judenitschs siedelte nach Zarskoje Selo über. Heftige Kämpfe fanden statt zwischen der englischen Flotte und Kronstadt sowie Krasnaja Gorka. Oranienbaum brennt. Die Bolschewiken halten nur noch die Bahnstrecke Petersburg—Witebsk. In der Richtung auf Pleskai macht die Weiße Armee Fortschritte. Die Bolschewiken ziehen sich südlich des Peipussees hinter den Weltkaiafluß zurück.**

Krieg gegen Frauen und Kinder!

Vom lettischen Presse-Bureau wird uns über die Kämpfe bei Riga gemeldet: Bei Riga Artillerie-, Maschinengewehr- und Gewehrfeuer. **Vom deutschen Feuer und giftigen Gasen viele Opfer an Frauen und Kindern.** (!!)

Der lettische Ministerpräsident Ulmanis erklärt offiziell: Laut Zeugenaussagen der Gefangenen des **deutschen Freiwilligenkorps Rieckhof wurden die Mannschaften am 4. (!) Oktober in Deutschland angeworben.** (!!) Andere Gefangene der weiter genannten Bataillone sagen aus: Das österreichische Bataillon Sudetenland und das **bayerische Bataillon** Bertold wären noch im September nach Kurland gekommen. Soweit ist die **deutsche Lüge von der Grenzsperre** für Truppen, die nach Kurland gehen, auch durch Tatsachen widerlegt.

Die gefangengenommenen russischen Offiziere behaupten, alle Russen wären zu den Letten übergegangen, wenn sie die wahre Sachlage gekannt hätten. **Die Deutschen trauten den Russen nicht:** sie schieben zwischen den weißrussischen Abteilungen deutsche Soldaten mit Maschinengewehren ein.

„Verschwörung" im Elsaß.

London, 21. Oktober. (Reuter.) In Straßburg ist eine Verschwörung aufgedeckt worden, die auf die Neutralisierung Elsaß-Lothringens gerichtet ist. Der Führer Koeßler und zwei andere Verschwörer wurden verhaftet. Ein Gewerkschaftsführer, ein früherer elsaß-lothringischer Abgeordneter und ein französischer Sozialist sollen in die Angelegenheit verwickelt sein.

Wer wird ausgeliefert?

Versailles, 21. Oktober. Wie Liberté mitteilt, beschäftigt die Frage der zu verfolgenden Deutschen den Unterstaatssekretär für Militärjustizwesen, Ignace. Es handelt sich um etwa 600 **Personen.** Das Blatt sagt, die größten Namen des Gotha figurierten darunter, unter ihnen der ehemalige Kronprinz Rupprecht von Bayern.

Reichsnotopfer und Entente.

Selbst die geringe Belastung der Vermögen durch das Reichsnotopfer ist dem kapitalistischen Bürgertum unangenehm. Es führt den Kampf dagegen seit Monaten mit der unwahren und lange widerlegten Behauptung, daß die Entente die Einnahme beschlagnahmen werde. Auf eine Anfrage des Reichsbürgerrats hat nun der Finanzminister Erzberger geantwortet:

„Meine vor der Nationalversammlung in Weimar abgegebene Erklärung kann ich nur wiederholen, daß nach den Bestimmungen des Friedensvertrages **der Entente ein Zugriffsrecht auf den Ertrag des Reichsnotopfers nicht zusteht,** wenn Deutschland seiner Verpflichtung nachkommt. Zuzugeben ist zwar, daß auf den ersten Blick einzelne Bestimmungen des Friedensvertrages zu der entgegengesetzten Auffassung führen könnten. Jedoch dürfen diese Bestimmungen nicht aus dem Zusammenhang gerissen werden. Eine Prüfung der gesamten diesbezüglichen Vertragsklauseln kann nur zu dem Ergebnis führen, daß das deutsche Volksvermögen und seine Einnahmen durch die betreffenden Bestimmungen mit einer Bürgschaft belastet werden, daß aber das hieraus fließende Zugriffsrecht der Entente solange nicht ausgeübt werden kann, als Deutschland seinen Verpflichtungen nachkommt. In dieser Auffassung wird das Reichsfinanzministerium durch Gutachten juristischer und wirtschaftspolitischer Sachverständiger bestärkt. Auch alle Kundgebungen der Entente, die neben dem Friedensvertrag einhergingen, lassen deutlich erkennen, daß die feindlichen Mächte bei Vertragserfüllung einen Eingriff in die deutschen Hoheitsrechte keineswegs beabsichtigen und sich hierzu auch nicht für berechtigt halten."

Nun werden sich die kapitalistischen Steuerdrückeberger wohl nach einer anderen Ausrede umsehen müssen.

Sie mögen betteln gehen!

Während man für die durch den Krieg geschädigten Unternehmer Milliarden über Milliarden ausgeworfen hat, ist für die Aermsten der Armen, die Familien der Kriegsgefangenen, kein Geld vorhanden. Der Reichsminister des Innern, Dr. Koch, erklärt in der Antwort auf eine kleine Anfrage, daß für die Unterstützung bedürftiger Kriegsgefangener und ihrer Familien keine weiteren Mittel außer den hierfür bereitgestellten 150 Millionen Mark ausgeworfen werden könnten. Die Finanzlage des Reiches mache das unmöglich. Nicht unmöglich aber ist es dem Reich, für einzelne Erwerbsgruppen, etwa die Reeder, Milliardengeschenke auszuwerfen! Auch diese Tatsache beleuchtet trefflich den Geist des neuen „Volksstaates" Deutschland!

Das Revolutionsprogramm der italienischen Sozialisten.

Die auf dem in Bologna stattgefundenen Parteitage der italienischen Genossen in der Frage der einzuschlagenden revolutionären Taktik mit Dreiviertel-Mehrheit beschlossene Resolution hat folgenden Wortlaut:

„Der in Bologna vereinigte Parteitag der sozialistischen Partei Italiens erkennt an, daß das Programm von Genua durch die Ereignisse und die internationale Lage, die die auf den Krieg folgende Weltkrise geschaffen hat, überholt worden ist. Er erklärt, daß die russische Revolution — dieses beglückendste Ereignis in der Geschichte des Proletariats — in allen Ländern kapitalistischer Zivilisation die Notwendigkeit gezeigt hat, ihre Verbreitung zu erleichtern; in Erwägung, daß bis jetzt keine herrschende Klasse auf ihre Herrschaft verzichtet hat, ohne durch die Gewalt dazu gezwungen zu sein, und daß die ausbeutende Klasse von der Gewalt Gebrauch macht, um ihre Vorrechte zu verteidigen und die Befreiungsversuche der bedrückten Klasse zu ersticken; daher spricht der Kongreß die Ueberzeugung aus, daß das Proletariat von der Gewalt Gebrauch machen muß, um die Gewalt der Bourgeoisie zurückzuweisen, um die Macht zu erobern und die revolutionären Errungenschaften zu festigen.

Er betont die Notwendigkeit, das Augenmerk auf die geistige und technische Vorbereitung zu stellen. In bezug auf die gegenwärtige politische Lage und den bevorstehenden Wahlkampf, beschließt der Kongreß die energischste Betonung der kommunistischen Grundsätze und die Zerrüttung der Organe der bürgerlichen Herrschaft der Wahlagitation zugrunde zu legen. Im Einklang mit den dargelegten Erwägungen beschließt der Parteitag, das Parteiprogramm umzugestalten und ihm die folgende Formulierung zu geben:

„In Erwägung, daß in der heutigen Gesellschaftsordnung die Menschen in zwei Klassen geschieden sind: die der ausgebeuteten Arbeiter und die der Kapitalisten, die den sozialen Reichtum inne haben und monopolisieren; daß die Lohnarbeiter beiderlei Geschlechts in allen Berufen und Lagen durch ihre wirtschaftliche Abhängigkeit das Proletariat bilden, das in einem Zustande des Elends, der Minderwertigkeit und der Bedrückung gehalten wird;

in Erwägung, daß die heutigen wirtschaftlich-sozialen Einrichtungen, die das verhaßte politische System verteidigt, die Herrschaft der Monopolisatoren des sozialen und natürlichen Reichtums über die Arbeiterklasse darstellen;

daß die Arbeiter ihre Befreiung nur durch die Sozialisierung der Arbeitsmittel (Bergwerke, Fabriken, Beförderungsmittel usw.) und durch die gesellschaftliche Verwaltung der Produktion erlangen können;

in Erwägung, daß die kapitalistische Gesellschaft und der aus ihr folgende Imperialismus blutige Kriege entfesselt hat und in Zukunft in immer größerem Umfange entfesseln wird;

daß allein der Sozialismus zum bürgerlichen und wirtschaftlichen Frieden führen wird;

daß die in allen Kulturländern zutage tretende Zerrüttung offenkundig den Bankrott anzeigt, der Sieger und Besiegte bedroht;

daß die klar zutage liegende Unfähigkeit der bürgerlichen Klasse, den von ihr heraufbeschworenen Schaden zu heilen, das Einsetzen einer revolutionären Periode tiefgehender Umgestaltung der Gesellschaft anzeigt, die zum gewaltsamen **Umsturz der kapitalistischen Herrschaft und zur Eroberung der politischen und wirtschaftlichen Macht durch das Proletariat führt;**

daß die Werkzeuge der Bedrückung und Ausbeutung der bürgerlichen Herrschaft (Staat, Gemeinde und öffentliche Verwaltungen) in keiner Weise in Organe proletarischer Befreiung umgestaltet werden können;

daß diesen Werkzeugen neue proletarische Werkzeuge entgegengestellt werden müssen (Arbeiterräte, Landarbeiterräte, Wirtschaftsräte usw.), die zuerst in bürgerlichem Regime funktionieren, als Organe des gewaltsamen Befreiungskampfes, um dann die Träger der sozialen und wirtschaftlichen Umgestaltung und der neuen kommunistischen Ordnung zu werden;

daß die gewaltsame Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiter den Uebergang dieser Macht von der bürgerlichen auf die proletarische Klasse bezeichnen muß und den Eintritt in das Uebergangsregime der Diktatur des gesamten Proletariats;

daß in diesem Regime der Diktatur die geschichtliche Periode der sozialen Umgestaltung durch den Kommunismus beschleunigt werden soll, worauf mit dem Verschwinden der Klassen auch jede Klassenherrschaft verschwindet und die freie Entwicklung jedes einzelnen die Bedingung der freien Entwicklung aller wird, beschließt der Parteitag:

1. Die Organisation der sozialistischen Partei Italiens den oben dargelegten Grundsätzen anzupassen;

2. der dritten Internationale beizutreten als dem Organ des Weltproletariats, das diese Grundsätze vertritt und verteidigt;

3. bei den auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Gewerkschaften dahin zu wirken, daß sie ihre Tätigkeit auf den vollkommenen Sieg der dargelegten Grundsätze richten."

Der Massenmordprozeß in München.

Wie wir bereits kurz meldeten, begann gestern vor dem „Volks"-gericht in München der Prozeß gegen die Noskesöldner, die 21 katholische Gesellenvereinler als vermeintliche „Spartakisten" abschlachteten. Die Bestialität, mit der dabei diese „Schützer der deutschen Republik" verfuhren, wird am besten illustriert durch eine Darlegung der dem Prozeß zugrundeliegenden Ereignisse.

Nachdem München durch Reichswehr besetzt worden war, wurden Hunderte von verhafteten Kommunisten und Soldaten der Roten Armee ohne Vernehmung oder Verurteilung auf entsetzliche Weise niedergemetzelt. Greuel ohne Grenzen wurden von einer vertierten, besinnungslosen Soldatenhorde verübt, Greuel, wie sie dem ganzen Volke im Auslande schon lange den Namen „Barbaren" eingetragen haben.

So fanden Soldaten von der Gardeschützenbrigade im Katholischen Gesellenverein 26 Personen versammelt. Ihre Versicherung, daß sie keine Spartakisten seien, blieb unbeachtet. Schon ihre Festnahme und Abführung vollzog sich unter schweren Mißhandlungen, Schlägen und Fußtritten. Dem Transport schlossen sich unterwegs viele Soldaten an, die sich an den Mißhandlungen beteiligten. Nun soll plötzlich ein Schuß gefallen sein, was die Soldaten besonders erbitterte. Von wem der Schuß abgegeben worden ist, konnte nicht festgestellt werden; natürlich wurde er den Verhafteten zugeschrieben. Wahrscheinlich ist er eigens zu dem Zweck abgegeben worden, um die gereizte Stimmung der Soldatenmenge zu vermehren. Die angeblichen Spartakisten wurden nun in einen Hofraum gebracht, wo bereits 7 Gefangene niedergemetzelt wurden. Die übrigen führte man in einen Keller, wo sie sich mit dem Gesicht nach unten auf den Boden legen mußten. Dann wurde blindlings auf sie geschossen und eingestochen. Auf das Schuldkonto eines dieser Berserker fallen allein 14 Morde. [illegible] er im Keller seine Patronen verschossen und sein Seitengew[illegible] stumpfgehauen hatte, entriß er einem dabeistehenden Schützen das Seitengewehr und schlug und stieß weiter auf die am Boden liegenden wehrlosen Opfer ein. Im ganzen wurden 21 Personen getötet, die überlebenden fünf erlitten sehr schwere Verwundungen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219191022-11/fragment/page=0002
DFG

Und dabei handelte es sich um harmlose Vorstandsmitglieder des Katholischen Gesellenvereins, die bei der Zusammenkunft ihre Vereinsangelegenheiten berieten.

Die Klassenjustiz macht sich auch hier wieder bemerkbar: der Staatsanwalt erhebt nur Anklage wegen Totschlags (§ 212 St.G.B.). Die Angeklagten im Geiselmordprozeß, deren Tat nur durch die Erregung auf die Nachricht von der Ermordung unschuldiger Sanitäter der Roten Armee verständlich ist, wurden wegen Mordes verurteilt. Hier lautet die Anklage nicht auf Mord, sondern auf Totschlag. Man kann sich danach vorstellen, wie der Prozeß ausgehen wird.

Der Belagerungszustand in Schmalkalden.

Ein unerhörter Verfassungsbruch der Militärs.

Unter einem ungeheuren Aufwand „juristischen Scharfsinns“ suchten die offiziösen Juristen der Deutschen Allgemeinen Zeitung den Beweis zu führen, daß die Weitergeltung des vor dem Inkrafttreten der neuen Verfassung erklärten Belagerungszustandes mit den neuen Bestimmungen der Verfassung nicht im Widerspruch stände. Für ihre Beweisführung stützten sie sich auf den Artikel 178, Abs. 3 der Verfassung, wonach Anordnungen der Behörden, die bei Inkrafttreten der Verfassung auf Grund bisheriger Gesetze bereits getroffen waren, weiter ihre Gültigkeit behalten. Die vollkommene Unrichtigkeit dieser Ansicht ist von uns und auch von anderer Seite bereits zu oft ausführlich dargetan worden als daß wir hier noch einmal darauf zurückzukommen brauchen. In jedem Falle jedoch bezogen sich die offiziösen Darlegungen stets nur auf die Weitergeltung des bereits vor dem Inkrafttreten der Verfassung erklärten Belagerungszustandes, während es auch von dieser Seite stets als selbstverständlich angesehen wurde, daß ein neuer Belagerungszustand etwa für die Gebiete, in denen er bei Inkrafttreten der Verfassung nicht bestand, vollständig unmöglich sei. Hier könnten vielmehr nur die Bestimmungen des an die Stelle der alten Vorschriften über den Belagerungszustand getretenen Artikels 48 der Verfassung zur Anwendung kommen. Nach diesen gibt es einen eigentlichen „Belagerungszustand“ überhaupt nicht mehr. Dagegen kann der Reichspräsident bei erheblicher Störung oder Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, die zu deren Wiederherstellung nötigen Maßnahmen treffen, er darf gewisse Grundrechte der Verfassung außer Kraft setzen, muß jedoch von allen seinen Maßnahmen unverzüglich dem Reichstage Kenntnis geben. Bedeutungsvoll ist vor allem, daß im Gegensatz zu den alten Bestimmungen die Militärbehörden völlig ausgeschaltet sind.

Diesen Standpunkt nimmt auch noch ein vor wenigen Tagen vom Reichsjustizministerium ausgearbeitetes Gutachten über den Belagerungszustand ein. Auch nach ihm gibt es zwar eine Fortdauer des Belagerungszustandes, in den Landesteilen, in denen er bei Inkrafttreten der Verfassung erklärt war, keinesfalls aber eine neue Erklärung des Belagerungszustandes. Trotz dieser offiziellen Erklärung des Reichsjustizministeriums ist, wie wir bereits mitgeteilt haben, am vergangenen Sonnabend über Schmalkalden, wo der rechtssozialistische Landrat Schubert der unabhängigen Mehrheit des Kreises mit Hilfe von Handgranaten und Maschinengewehren aufgezwungen werden soll (Demokratie) nach dem Einrücken einer größeren Menge Reichswehrtruppen der Belagerungszustand neu verhängt worden. Obwohl also selbst nach dem offiziellen Gutachten das Militär mit der Verhängung des in der Verfassung vorgesehenen Ausnahmezustandes nicht das Geringste mehr zu tun haben darf, denken die militärischen Stellen gar nicht daran, sich etwa um Bestimmungen des Reichsjustizministeriums oder um Vorschriften der Verfassung auch nur einen Deut zu kümmern. **Ihr Recht und ihre Verfassung, das sind die Spitzen ihrer Bajonette.** Die Regierung gibt allerdings ihren Söldnern unentwegt im Bruche der Verfassung ein leuchtendes Beispiel, daß sie noch heute den Belagerungszustand in Berlin vollkommen gesetzlos aufrechterhält.

Man darf gespannt sein, was die Regierung zu ihren gelehrigen Schülern in Schmalkalden sagen wird.

Wie wählen die Frauen?

Was die Reaktion dem von der Revolution gebrachten Frauenstimmrecht verdankt, dafür liefern die Wahlen in Köln nun schon zum dritten Male in diesem Jahre den Beweis. Im heiligen Köln gehen nämlich Männlein und Weiblein in getrennte Wahllokale, so daß genau festzustellen ist, wie Männer und Frauen gestimmt haben. Nach dem Vorwärts wählten

	Männer	Frauen
das Zentrum	34 000	51 259
die Mehrheitssozialisten .	47 074	29 026
die Unabhängigen .	9 484	4 026
die Demokraten	7 639	5 389
die Deutsche Volkspartei	5 409	4 934
die Deutschn. Volkspartei	1 903	2 219

Ohne Frauenstimmrecht würden erhalten haben die Mehrheitssozialisten 51 Sitze statt 43, das Zentrum 37 statt 49, die U. S. P. 8 statt 7. Das Zentrum, das sich bis zuletzt gegen das Frauenwahlrecht gewehrt hat, würde ohne die Frauenstimmen selbst in seiner Kölner Hochburg eine hoffnungslose Minderheit sein. Außer dem Zentrum hatten nur die Deutschnationalen mehr Frauen- als Männerstimmen. Hier ist der Einfluß evangelischer Geistlichen bemerkbar, wie dort der natürlich viel größere der katholischen Priester. Kirchliche Beeinflussung ist also im Rheinland und sicher auch in weiten anderen deutschen Gebieten für die politische Abstimmung der Frauen entscheidend.

Notizen.

Der beleidigte Wilhelm. Nach Meldungen aus Berlin hat Wilhelm der Ausreißer seinen Berliner Rechtsbeistand, Rechtsanwalt Siebert, beauftragt, gegen Ferdinand Bonn, den Verfasser des Kaiser-Wilhelm-Films, Klage zu erheben wegen Beleidigung, Mißbrauch seines Bildes und auf Unterlassung der Aufführungen, die bisher nur für Berlin verboten sind. — Ob, wenn es zum Prozeß kommt, Wilhelm dabei besonders gut abschneiden wird, ist doch recht fraglich. Im übrigen ist Ferdinand Bonn von gleichem Kaliber.

Noske in Schlesien. Unter der Stichmarke „Noske in Beuthen“ schreibt der Oberschlesische Wanderer: „Der Reichswehrminister hat auch Beuthen einen längeren Besuch abgestattet und das Lazarett im Krüppelheim besichtigt. Nach einer Truppenbesichtigung fand ein Essen im Beisein der Spitzen des Militärs im Kaiserhof statt. — Wenn das Bebel erlebt hätte! Wir haben dem nichts zuzufügen.

Der „Wiederaufbauminister“. Der Nürnberger Oberbürgermeister Dr. Geßler hat sich entschlossen, den Posten des Ministers für Wiederaufbau zu übernehmen.

Bela Khun in Italien? Das B. T. meldet aus Genf: Es ist Bela Khun gelungen, aus seinem Internierungslager bei Wien zu entfliehen. Er hat sich mit falschen Pässen nach München und von dort nach Italien gewandt; wo er bereits regen Anteil an der Revolutionierung des Landes nimmt.

Preußische Landesversammlung.

68. Sitzung. Dienstag, den 21. Oktober.

Präsident Leinert eröffnet die Sitzung 12 Uhr 25 Min.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst kleine Anfragen.

Abg. Adolf **Hoffmann** (U. S.) führt in einer kleinen Anfrage Beschwerde darüber, daß Zeugen verfassungswidrig gegen ihren Willen zur Leistung des Eides mit religiösen Formeln gezwungen worden sind.

Ein Vertreter des Justizministers gibt zu, daß ein Amtsgericht gegenüber einem Arbeitersekretär in der von dem Abg. Hoffmann gekennzeichneten Weise verfahren ist, weil es die Auffassung vertrat, daß über den Verfassungsparagraphen hinaus noch besondere gesetzliche Vorschriften über die Aufhebung der religiösen Eidesformel hätten getroffen werden müssen. Der preußische Justizminister hat sich diese Auffassung aber nicht zu eigen gemacht. Zur Eidesleistung mit religiösen Formeln kann daher niemand gezwungen werden.

Die zweite Beratung des

Haushalts für die landwirtschaftliche Verwaltung

wird fortgesetzt.

Abg. Graf von Kanitz (Dn.) begründet einen Antrag über die **Aufhebung der Zwangswirtschaft in West- und Ostpreußen.** Dort ist die Zwangswirtschaft sinnlos geworden, weil der Verkehr mit dem durch den Friedensvertrag abgeschnittenen Ostpreußen nicht mehr aufrechterhalten werden kann. Die Versorgung der Bevölkerung kann durch die Berufsorganisation der ostpreußischen Landwirtschaft durchgeführt werden. Die Ostpreußen haben das Gefühl, auf verlorenem Posten zu stehen. Die Aufhebung der Zwangswirtschaft ist für Ostpreußen eine Lebensfrage.

Es folgt die Begründung einer Anzahl weiterer Anträge.

Abg. Rippel (Dn.) begründet einen Antrag um Aufhebung der Verordnung des Landwirtschaftsministers über die „Sicherstellung landwirtschaftlicher Arbeiten“. Die Landwirtschaft hat sich zu Tarifverträgen bereitgefunden. (Zuruf b. d. U. S.: Die Einsicht ist recht spät gekommen!) Auf der äußersten Linken ist sie ja wohl überhaupt noch nicht zum Durchbruch gelangt. (Heiterkeit.) Der Minister sollte endlich für Durchführung der bereits bestehenden Tarifverträge sorgen und sein Amt auffassen wie ein Minister, und nicht wie ein sozialdemokratischer Parteisekretär. (Große Unruhe links.)

Danach verlangt Abg. **Jakoby-Rassauf** (Ztr.) wirklich fühlbaren Abschuß von Schwarzwild und Hirschen in Eifel, Hunsrück und Rheingau, ausreichende Mengen Kupfervitriol, Schwefel und Nikotin für die Winzer zur Bekämpfung der Weinbauschädlinge und rechtzeitige Belieferung der Winzer mit Weinzucker. Abg. Dr. Heß (Ztr.) fordert Einberufung des Weinparlaments zur Durchberatung der schwierigen Lage der Winzer.

Es folgt die Begründung der vorliegenden förmlichen Anfragen.

Abg. Dr. **Abderhalden** (Dem.) fragt, was die Regierung für die landwirtschaftswissenschaftliche Forschung tun wird. Die Wissenschaft lebt in der Sorge, daß ihr infolge der politischen Umwälzung die Mittel entzogen werden könnten. Abg. **Klausner** (U. S.) fordert **menschenwürdige Lebens- und Arbeitsbedingungen für Landarbeiter** und macht auf die Gefahren infolge Lieferstreiks der Landwirte aufmerksam. Danach tritt das Haus in die allgemeine Aussprache über den Haushalt für die landwirtschaftliche Verwaltung ein.

Abg. Wittich: Die Not der Zeit verlangt die Ueberbrückung der Gegensätze zwischen Landwirtschaft und Industrie. Unnötige Streiks müssen durch Aufklärung vermieden werden. Würde aber die Landwirtschaft besser abliefern, so hätten wir günstigere Verhältnisse und weniger Streiks. (Lebhafte Unruhe rechts.) Ganz besonders ist **die Versorgung mit Milch, Kartoffeln und Brotgetreide völlig unzureichend.** Die Landwirtschaft kann mehr liefern. (Lebhafte Zustimmung links, Widerspruch rechts.) Wir haben in Deutschland beispielsweise über 9 Millionen Milchkühe und brauchen täglich etwa 6 Millionen Liter Milch, bekommen sie aber nicht, obwohl eine Kuh doch sicherlich täglich mehr als einen Liter Milch gibt. (Lebhaftes Hört, hört!) Die Landräte lassen es an dem nötigen Druck fehlen.

Danach vertagt sich das Haus auf Mittwoch 12 Uhr.

Schluß 5⅓ Uhr.

Aus der Partei.

Für Anschluß an die Dritte Internationale

erklärte sich die Parteiorganisation des Bezirks Potsdam. Am Sonntag hat die Generalversammlung für den Bezirk IV Potsdam, der die Kreise Ostprieanitz, Westprieanitz, Ost- und Westhavelland, Ruppin-Templin, Prenzlau-Angermünde, Oberbarnim, Niederbarnim, Jüterbog-Luckenwalde und Zauch-Belzig umfaßt, nach einem Referat des Genossen Brühl, der für sofortigen Austritt aus der Zweiten und Bildung einer neuen Internationale eintrat, und nach dem Korreferat des Genossen Schwenk, der den Anschluß an die Dritte Internationale befürwortete, mit großer Stimmenmehrheit beschlossen, daß für die U. S. P. D. nur der Anschluß an die Dritte Internationale in Frage komme.

Versammlungsbericht.

Gemeindearbeiter. In der Versammlung, welche im Volkspark stattfand, gab Kollege Kahnt seinen Bericht vom Verbandstag. Die Abrechnung vom dritten Quartal erstattete Kollege Müller. Es sind zu verzeichnen: Einnahme der Lokalkasse 8 684,60 Mk., Ausgaben 3 616,11 Mk., Ueberschuß vom Sommerfest 241,45 Mk., Kassenbestand 5 068,49 Mk., Einnahme der Hauptkasse 8 404,87 Mk., Ausgaben im Auftrage des Hauptvorstandes 586,75 Mk. In baar abgesandt 7918,12 Mk. Die Kasse wurde geprüft und für richtig befunden und dem Kassierer Entlastung erteilt. Es entspann sich hierauf auf Anfrage eines Kollegen, warum die Gelder, welche übrig geblieben wären von dem Demonstrationszuge, im Bericht der Abrechnung fehlten, eine kleine Debatte, in welcher der Kassierer bemerkte, daß er die Gelder nicht mit in der Abrechnung habe führen können, da dieselben auf Beschluß des Gaswerkes nicht dem Verband, sondern der U. S. P. zugeführt werden sollen. Hierüber gibt es nun verschiedene Meinungen unter den Kollegen, welche mit den Maßnahmen des Gaswerkes nicht einverstanden sind. Es wird deshalb zur Abstimmung geschritten. Die Majorität ist für Abführen des Geldes zur U. S. P. Des weiteren stellt Kollege Gustav Schmidt den Antrag, dem ersten Vorsitzenden für seine Arbeit im dritten Quartal 180 Mk. zu bewilligen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Unter Gewerkschaftlichem befaßt man sich mit verschiedenen Angelegenheiten. So verwahrt sich Kollege Haase gegen den Vorwurf, die Arbeiterausschüsse handelten über die Köpfe der Mitglieder hinweg. Ferner liegen noch Beschwerden vom Südfriedhof und der Kriegsküche vor, wegen Entlassung der dort beschäftigten Frauen. Auch da soll Abhilfe geschaffen werden. Unter Verschiedenem regt ein Kollege an, die Metallarbeiter von Berlin zu unterstützen, desgleichen ein Kollege, aus Anlaß des 16jährigen Bestehens der Filiale ein Stiftungsfest abzuhalten. Beidem wurde zugestimmt, und die dazu dienenden Arbeiten dem Vorstande überwiesen. Mit der Aufforderung fleißig für den Verband zu agitieren, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Verantwortlich für Politik und Parteinachrichten: Karl Bock; für Halle und Saalkreis: Gottlieb Kasparek; für Aus der Provinz und Versammlung berichte: Werner Schoem, für Anzeigen: Hermann Schade; Verlag: Volksblatt G. m. b. H. Druck: Halle'sche Genossenschaftsbuchdruckerei G. m. b. H.; sämtlich in Halle.

Die Junglehrerbewegung.

Am 3. und 4. Oktober wurde auf einer Lehrertagung in Halle in den Thaliasälen der Junglehrerverband der Provinz Sachsen gegründet. Herr Lehrer Graul-Derben hielt eine vortreffliche Rede über die Ziele der Junglehrerbewegung. Dem uns freundlichst zur Verfügung gestellten Manuskript entnehmen wir das Folgende:

Mit dem Ende des Krieges war für die Lehrer wie für jeden anderen Beruf der Rücktritt ins Zivilleben gekommen. Für den jungen Nachwuchs war es der Eintritt. Viele waren vom Seminar ins Heer getreten. Jetzt sah sich nun der junge Lehrer vor wirtschaftliche Bedingungen gestellt von solcher Härte, solcher Rücksichtslosigkeit, wie wir sie uns kaum im Traume auszumalen vermocht hätten. Zwar drückte die Not der Zeit infolge der rückständigen Lehrerbesoldung auch alle anderen Kollegen schwer, schwerer als alle übrigen Beamten. Aber ungleich erbarmungsloser lastete sie wieder auf den Jüngsten unseres Standes. Ihnen fehlte es an allem. Der junge Lehrer kam entweder hinaus auf das Land, dann brauchte er eine Zimmereinrichtung — und jeder weiß, was jetzt Möbel kosten — oder er mußte in der Stadt unerhörte Preise für möblierte Zimmer zahlen. Er brauchte Fuß- und Körperbekleidung, und sein Monatseinkommen betrug 2⅔ Hundert Mark. Ich greife nur einen Fall heraus. Für zwei Anzüge, noch dazu nicht einmal durchschnittlicher Friedensstoff, mußte er das Gehalt eines halben Jahres hingeben. Und woher nahm er die Mittel zum täglichen Leben? Er mußte entweder buchstäblich hungern, ja sogar verhungern — oder tief verschulden, sofern nicht ein finanzkräftiges Elternhaus die Lücke ausfüllen konnte. Für sein allernotwendigstes Handwerkszeug für Bücher, die er zu seiner Weiterbildung brauchte, wie das tägliche Brot, war erst recht nichts übrig. Und wenn er um sich sah?

Da zahlte man Arbeitern seines Alters das zwei- bis dreifache seines Tageseinkommens. Mußte sich da nicht seiner eine tiefgehende Verbitterung bemächtigen? Mußte er da nicht zu dem Glauben kommen: heute wertet man nur die Arbeit der schwieligen Faust? Und obgleich der Staat uns Lehrern gegenüber in einer argen Schuld ist, die er aus Anstands- und Gerechtigkeitsgefühl endlich in unserer demokratischen Zeit einlösen mußte, glaubte er auf unsere mehr als berechtigten Forderungen nicht hören zu brauchen, offensichtlich wohl, weil wir kein „eigentlich produktiver Wirtschaftsfaktor“ wären. Ich will damit nicht sagen, als würde etwa der Arbeiter überreichlich bezahlt. Das wäre ungerecht! Nein, man hat nur versucht, seinen Lohn mit den veränderten Zeitverhältnissen in Einklang zu bringen. Ja, aber das ist eben des Pudels Kern: man hat es versucht, bei uns aber nicht. Sicher, „Ehre jedem Tropfen Schweiß, Ehre jeder Hand voll Schwielen!“ Aber auch die nachfolgende Dichtermahnung gilt es heute mehr denn je in die Köpfe der leitenden Stellen einzuhämmern, dröhnend in die Ohren zu brüllen: Doch auch „Wer mit Feder und mit Hirn hungrig pflügt, sei nicht vergessen!“ Leider hatte man uns eben vergessen, ganz und gar uns junge Lehrer. Damit wir wenigstens als Geistesproletarier besoldet würden, stellten wir unsere Gehaltsforderung auf 6000 Mk., nur um beispielsweise mit Fahrkartenknipsern annähernd gleichzustehen.

Als weiteres deprimierendes Moment kam die Prüfung für die endgültige Anstellung hinzu. Blickte uns die Gegenwart schon finster genug an, so verdunkelte sich für viele beim Ausblick in die Zukunft der Tag noch mehr. Nach den Nervenerschütterungen des Schützengrabens sah sich der junge Lehrer neben seiner schweren wirtschaftlichen Bedrängnis auch noch vor den Prüfungsdrill gestellt — und am Ende allerlei Zufälligkeiten ausgesetzt. Durch über vier harte Kriegsjahre der Methode des geistigen Arbeitens fast gänzlich entfremdet, hatte er mit der Einarbeitung in den praktischen Schulbetrieb vorläufig alle Hände voll zu tun. Und wenn durch die zweite Prüfung die moralische, wissenschaftliche und praktische Reife festgestellt werden sollte, so meinten wir, daß sie das eine überhaupt nicht können, das andere vernünftiger mit anderen Mitteln und auf anderem Wege zu erzielen sei. Darum die energische Forderung nach Fortfall der zweiten Prüfung.

Neben anderen sind es also diese zwei Faktoren, die unsere Bewegung veranlaßt haben: die besonders schwere wirtschaftliche Notlage der Junglehrer einerseits und die Erkenntnis des seelischen Druckes und der Unzweckmäßigkeit der Reifefeststellung durch die zweite Prüfung andererseits. Das schnelle und umfangreiche Umsichgreifen der Bewegung zeugt davon, daß sie einem dringenden Zeitbedürfnis entgegengekommen ist. Nun könnte mancher sagen, alle diese Forderungen seien auch von den anderen großen Lehrerorganisationen gestellt worden. Gewiß haben sie auch Forderungen für die Junglehrer gestellt, und ich gehe nicht so weit wie einzelne, ihnen dies glattweg abzusprechen. Wer die Berichte der geschäftsführenden Ausschüsse verfolgt hat, muß ihnen nach dieser Richtung hin Gerechtigkeit widerfahren lassen; aber unsere Wünsche leuchteten im Gesamtplan ihrer Forderungen nicht grell genug hervor. Deshalb nahmen wir unser Geschick in eigene Hände, um damit die wahre Situation blitzlichtartig zu erhellen.

Jedoch nur einer oberflächlichen Betrachtung könnten diese eben angeführten Gründe als die alleinigen Ursachen unserer Bewegung erscheinen. Der neue Geist, die neue Zeit redet aus der Junglehrerbewegung. Die neue Zeit gab der Jugend das Recht der Mitbestimmung — und trat bei ihr auf den ernsten, entschlossenen Willen zu treuer, pflichtbewußter Mitarbeit.

Da die Zeit neu und jung ist, muß man verstehen, daß ihr besonders diejenigen die offenen Arme weit entgegenstrecken, die es selbst noch sind im Denken oder Alter, die Jugend. Darum klingt es, um nicht zu sagen gehässig, mindestens häßlich und unfreundlich, wenn man alte Herren mit überlegenem Lächeln sagen hört: „Na, ihr werdet euch schon noch die Hörner abrennen!“ Eben solche Bemerkungen sind uns der beste Beweis, daß jene ihre eigenen Sturm- und Drangjahre — ihr besseres Recht — vergessen haben, und daß sich die Jugend sammeln mußte, selbst ihre Ziele zu vertreten.

Viele von uns lagen draußen im schlammigen Graben. Dort sahen wir manchen Dingen frühzeitig auf den Grund und erblickten viel Sinn und viel Unsinn. Zerstörer mußten wir sein durch Weltenverhängnis. Nun möchten wir Bauer werden: aufbauen helfen am einzelnen, wie auch am ganzen. Denn wir glauben an Deutschland, weil wir an das Leben glauben im Dürerschen Sinne: Trotz Tod und Teufel! Noch ist unsere Denkweise nicht dekadent.

Darum ein so stürmisches Bejahen des Neuen, ein ebenso leidenschaftliches Ablehnen des Alten, Morschen und Brüchigen. Die jungen Ideen werden von den Jungen getragen. Sie sind noch Menschen vom großen Schnitt, des Alles — oder — nichts. Kein Kompromisseln! Sie sind nicht belastet oder kompromittiert von der Vergangenheit. Das Alter sollte leuchtenden Auges in der Jugend sich selbst wiedererkennen. Wir glauben, daß unser Idealismus stark genug sei, ein neues Geschlecht heraufzuführen. Wir müssen in unserer Gedankenschmiede — unseren Schulen aller Art — treu und tapfer am Amboß stehen, die deutschen Ideen zu hämmern, damit sie auf Grund der ihnen innewohnenden Kräfte sieghaft werden. Sind es doch des öfteren Deutsche gewesen, die ihre Ideale gleich einem schweren Stein in das ruhende Meer der Geister aller Länder warfen und die Wellen aufschäumen ließen. Ich möchte bloß auf die in unserer Zeit akuten Fragen des Sozialismus und der Völkerorganisation hinweisen. Hinter der ersten steigt der Name eines Marx, hinter der letzteren der eines Kant empor. Und wenn die Wellenringe gegen ferne Gestade brandeten, so wußten die Insulaner oft nicht, woher die Flut kam; sie wurden getragen und segelten freudig den neuen Kurs. So wollen wir mit anderen Mitteln den Weltkrieg fortsetzen. Ideen sind bessere und mächtigere Waffen als Kanonen und Schwerter.

In diesem Kampfe, meinen wir, soll die deutsche Schule der rechte Fechtmeister sein. Wir Jungen wollen die Avantgarde sein, und in unseren deutschen Kindern wollen wir uns Mitkämpfer, Weltbezwinger, Weltüberwinder erziehen. Dabei glauben wir fest, daß sich dann Fichtes Wort erfüllt, wonach das gebildetste Volk auch das glücklichste sein wird. So stellen sich mir die eigentlichen Ursachen unserer Bewegung dar. Wie Sie erkennen, wollen wir sichtbar mitarbeiten. Wir wollen nicht lassen von den heiligsten Rechten und Pflichten unseres Standes und unserer Arbeit. Wir wollen nicht ablassen zum Heile des Ganzen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219191022-11/fragment/page=0003

Volkspark, Kleiner Saal.
Donnerstag, 23. Okt., abends 8 Uhr:
Einmaliges Gastspiel der beliebten
Orpheum-Volkssänger.
Dir.: O. Schnitzer. 5299
Ia. Solis, Duette, Quartette, Volksstücke und Burlesken.
Einlaß: 6½ Uhr. :: Frühzeitig Plätze sichern.
Eintrittspreis auf allen Plätzen 1 Mk.

3 Könige, Varieté, Kl. Klausstr. 7.
Kurzes Gastspiel.
Tossa, der phänomenale Telepath.
Aus dem Reiche des Uebersinnlichen.
Unerklärliche Rätsel. 5313
Und das andere Riesenprogramm.

B. B.B.
Beths Bunte Bühne.
Heinz Heine, Humorist und Ansager; **Gusty,** Musikal-Akt; **Hofmann-Nordeck-Duo; Margot Klär** und die anderen vorzüglichen Kräfte.
Burlesken-Sketsch: 5297
Ein kurioser Heiratsantrag.

Wer löst mit krimineller Sicherheit jede Mordaufgabe?
???
5316 täglich im
Bratwurstglöckle-Varieté.
Dazu das grosse Weltstadt-Programm.

Amtliche Bekanntmachungen.

Halle.

Der Verkauf von Quark

erfolgt am Donnerstag, den 23. Oktober, auf den Abschnitt 16 für die eingetragenen Kunden bei dem Milchhändler Schenkling, Forsterstraße 38, Milchhändler Schönherr, Grünstraße 12 und Milchhändler Otto Pötschke, Wielandstraße 30. Auf jeden Abschnitt wird ¼ Pfund abgegeben. Der Preis für ¼ Pfund Quark beträgt 70 Pf.

Städtischer Verkauf von Gerstenmehl
an Jugendliche von 12—17 Jahren

in der Talamtschule, am Donnerstag, den 23. Oktober. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 40001 bis 45500, vormittags von 8—12 Uhr, und die Inhaber der Nummern 45501—53000, nachmittags von 2 bis 6 Uhr. Es kann auf jeden Abschnitt Q des besonderen Bezugsscheines für Jugendliche von 12—17 Jahren ein Paket Gerstenmehl zum Preise von 40 Pf. abgegeben werden. Der neue Lebensmittelschein ist vorzulegen. Abgezähltes Geld ist bereit zu halten.

Städtischer Verkauf von Sprotten in Oel

in der Talamtschule, am Donnerstag, den 23. Oktober. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 40001—45500, vormittags von 8—12 Uhr und die Inhaber der Nummern 45501—53000, nachmittags von 2—6 Uhr. Gegen Vorlage des neuen Lebensmittelscheines kann für jede Person eines Haushaltes eine Dose Sprotten in Oel zum Preise von 3.00 Mk. abgegeben werden.

Städtischer Verkauf von Bienenhonig.

Nachlieferung der 4. Sonderverteilung in der Talamtschule, am Donnerstag, den 23. Oktober, in den Vormittagsstunden von 8—12 Uhr. Es werden nur diejenigen Inhaber der alten Lebensmittelscheine mit den Nummern 56501 bis 74000 berücksichtigt, welche weder Bienenhonig noch Trockenei abgefordert haben. Für jeden Haushalt bis zu vier Personen kann ein Pfund Bienenhonig, für weitere vier Personen eines Haushaltes kann noch ein Pfund Bienenhonig zum Preise von 7.50 Mk. (einschl. Glas) abgegeben werden. Der alte Lebensmittelschein ist vorzulegen. Leere Gläser werden zum Preise von 40 Pf. bei der Firma Max Ott, Steinweg 26, zurückgenommen.

Dem Handelsmann Johann Bickelmann, Große Brunnenstr. 31, ist auf Grund der Verordnung vom 23. September 1915, betr. die Fernhaltung unzuverlässiger Personen vom Handel, die Ausübung des Handels mit Lebens- und Futtermitteln untersagt worden.

Merseburg.

Aus der Lotterie-Einnehmer Schröder-Stiftung werden 600 Mk. an bedürftige Einwohner Merseburgs, die keine öffentliche Unterstützung erhalten, zur Beschaffung von Feuerungsmaterial verteilt. Meldungen vom 25. Oktober bis 1. November im Rathaus, eine Treppe, Zimmer 10.

Merseburg, den 20. Oktober 1919.
Der Magistrat.

Lebensmittel

vom 27. Oktober bis 2. November auf den Haushalt eine Dose Fleischkonserven auf Bezugschein 91 und zwar an die Inhaber der Lebensmittelhefte Nr. 5900 bis 7350 eine Dose Roßleberwurst zu 3,10 Mk., Nr. 8301 bis 9700 eine Dose Korned-Beef zu 6,75 Mk. Abgabe der Bezugscheine am Mittwoch, den 22. Oktober, und Donnerstag, den 23. Oktober d. J. Einreichung der Forderungsnachweise wie üblich. Verkauf nächste Woche Donnerstag bis Sonnabend. Verkauf vorher verboten.

Merseburg, den 21. Oktober 1919.
I₄A. II. Nr. 3078/19. **Das städtische Lebensmittelamt.**

Bitterfeld.

Ausgabe der Fleischkarten.

Die weitere Ausgabe der Fleischkarten erfolgt am Donnerstag, den 23. d. Mts., für die Straßen mit den Anfangsbuchstaben A bis K, und am Freitag, den 24. d. Mts., für die Straßen mit den Anfangsbuchstaben L bis Z, von 8 bis 2 Uhr im Döringschen Konzerthause — Kaiserstraße 67 — gegen Vorlegung der Brotscheine.

Bitterfeld, den 21. Oktober 1919.
*3355 **Der Magistrat.**

Beesenlaublingen und Umgegend.
Freitag, den 24. Oktober, abends 7 Uhr, im Gasthaus zur Linde:
Oeffentliche Versammlung.
Tagesordnung:
Die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiterschaft.
Redner: Redakteur Scholem, Halle.
Freie Aussprache.
Einer recht zahlreichen Beteiligung der Männer und Frauen sieht entgegen 5328
Der Vorstand des Sozialdemokr. Vereins U. S. P. D.

Alles lacht! Alles lacht!
Auf dem
Volksfeste,

Exerzierplatz,
findet heute und folgende Tage:
Grosses
Aalreiten
im **Hippodrom** statt.
*3361 Dir. Lüttich & Bauerfeld.

Thalia-Theater.
Mittwoch, d. 22. u. Freitag, d. 24. Oktbr., abends 7½ Uhr: *3328
2 öffentliche Aufführungen des Aufklärungsstückes:
„Gebrochene Blüten".
Alles Nähere die Theaterzettel u. Plakatsäulen.

Kaiser Wilhelmshalle
5298 Donnerstag:
Münchner Oktoberfest.
Der grosse Festball.
Musik: Das beste Ballorchester von Halle.
Prächtige Dekoration :: Anfang 5 Uhr.

Deutscher Gesang-Verein.
Sonnabend, den 25. Oktober, abends 7 Uhr, in den Festsäle Gold. Hirsch, Leipz. Strasse:
51. Stiftungsfest,
bestehend in 5817
Vokal- und Instrumental-Konzert.
Hierzu ladet freundlichst ein
I. A.: Der Vorstand.

Kaffeestunde der Sächsisch-Thüring. Hausfrau,
Dienstag, 28. Oktober, nachm. 3 Uhr, in den Thalia-Festsälen, Geiststr. 42 a:
Zur Mitwirkung haben wir erstklassige Künstler gewonnen.
Jede 10. Besucherin erhält ein nützliches Geschenk.
Programme sind zum Preise von 80 Pf. und 1 Mk. in unserer Geschäftsstelle, Schmeerstraße 17/18, I, zu haben. *3359
Verlag der Sächs. Thüring. Hausfrau.

Achtung! **Döllnitz.**
Sonntag, den 26. Oktober, abends 7½ Uhr, im Gasthaus zum Palmbaum:
Gr. Theaterabend und Ball.
Die Waffen nieder!
Drama in 4 Akten. *3358
Ausgeführt vom Humoristen-Klub F. B. D.
Um zahlreichen Besuch bittet Der Vorstand.

Rauchtabak,
feinste, rippenlose Ware, 4989
in Paketen zu ca. 50 Gramm mit Mk. 2.—,
in Paketen zu ca. 100 Gramm mit Mk. 4.—
gibt ab
H. Hülsse, Halle a. d. S.,
Burgstraße 7, Ecke Brunnenstraße.
Echter Nordhäuser Kautabak immer am Lager.

Kotillon-Karneval-Artikel,
z. B. Tanzkontroller, unübertragbar, Tanzblumen, Tanzkarten, Tombola-Losröllchen, Eintritts- und Garderobeblocks, Festabzeichen, Saalpost- und Scherzkarten, Scherz-Ansteckssachen, Konfetti, Luftschlangen, Mützen, sowie viele Ulkartikel. — Neu sind meine zusammengestellten Kotillon-Touren.
Größte Auswahl bei billigsten Preisen.
P. LANGE,
Merseburger Str. 168, Nähe Riebeckplatz (neben Apollo-Theater). 5102

Echt Nordhäuser Kautabak,
täglich frisch eintreffend.
Wiederverkäufer billige Preise. 5007
Bogacki, Zigarrengeschäft, Mansfelder Str. 9.

Trinkt
Dr. Oetker's Tee deutscher Herkunft
Nach Art des in China üblichen Verfahrens aus deutschen Blättern hergestellt und ein vorzüglicher Tee-Ersatz u. Tee-Zusatz
Er schmeckt ähnlich wie chinesischer Tee!

C.-T.-Lichtspiele
Grosse Ulrichstrasse 51
Einlass ½4 Uhr! ::: Anfang 4 Uhr!
Nur für Erwachsene!
Strindbergs
Rausch!!
6 Akte 6 Akte
Wirkliche Kunst im Film!

Nur die erstklassigsten Film-Künstler und -Künstlerinnen!!
Hauptrolle:
Asta Nielsen
Die berühmteste aller Filmkünstlerinnen gibt in „Rausch" wiederum Zeugnis ihrer hohen, unbegrenzten Kunst! Ihr Spiel ist vor allem Tempo. Wenn sie Leidenschaft spielt (lebt?) ist sie hinreissend. An ihr zuckt jeder Nerv. Alles spielt an ihr. 5300
Ihre Partner „Alfred Abel" — „Karl Meinhardt" und „Grete Dierks" sind sämtlich prägnante Verkörperungen ihrer Gestalten, die durch sie Charakter und Leben bekommen.
„Rausch" bietet künstlerische Höchstleistungen! und ungeahnte Effekte!
„Rausch" ist ein Film, wie er noch nie da war! ist ohne Beispiel i. d. Kinematographie!

*3002 Für
Schwerhörige
D.R.G.M. (Marg) wirkt verblüffd. Beseit. Ohrgeräusche, nervöse Ohrenschm. Unsichtb. u. bequem zu tragen. Auskunft umsonst. Wohlfahrt-Versand, München F 501, Hiltensbergerstraße 6.

Gummiwaren-Versand,
Liste Nr. 8 einfordern.
E. Kertzscher,
Leipziger Str.
(Ecke Poststr.). 5214

Bettnässen
Abhilfe sofort.
Alter u. Geschlecht angeb.
Auskunft umsonst. *3005
MERKUR-VERSAND
München 32 r, Neureutherstraße 15.

Gasglühkörper
von dauernd gleichmäßig gut. Leuchtkraft u. Haltbarkeit
1 Stück 1.65 Mk.
12 Stück 18.00 „
Dauerwäschevertrieb
Kl. Berlin 2
1 Treppe rechts. 5103
(Ecke Sternstraße).

Sie rauchen zu viel!
„Rauchertrost" — Tabletten, das beste Mittel gegen den Rauchreiz. Unschädlich! Tausende Anerkennungen. Schachtel 2 M., von sechs Schachteln an portofrei.
Dr. Wolff & Co., *3261
Hamburg 23. H. 164.

Bettnässen
Befreiung sofort. Alter und Geschlecht angeben. Auskunft umsonst. *3007
Sanis Versand :: München 116 a.

Schlachtpferde
kauft jederzeit und jeden Posten *3003
Franz Vogel,
Groß-Roßschlächterei,
Radewell-Ammendorf,
Hauptstr. 16. — Tel. 58.

Scheffelbrot
darf wegen seiner Güte in keinem Haushalte fehlen!
4674

Bettnässen!
Befreiung sofort. Alter u. Geschlecht angeb. Ausk. ums. Aurora, Reichertshausen a. Ilm 291 Obby. *3006

Grammophon 5323
und großes Heckbauer zu verk. Torstr. 21 II, l.

Hafer
verkauft *3349
M. Nerre, Passendorf,
Teichstraße Nr. 12.

Echten Nordhäuser
Kautabak,
stets frisch zu haben. 5106
Richard Hennicke,
Königstrasse 5.
Zigarren- und Zigarettengeschäft.

Zigaretten-Ausverkauf!
Ia. englische Zigaretten,
beste Marken 270.— Mk. pro Mille.
Deutsche, gar. reiner Tabak,
ohne Mundstück 200.— Mk. pro Mille.
Je 100 Stück zur Probe für 50.— Mk. portofrei per Nachnahme. *3352
Otto Goldschmidt, Unterwiederstedt b. Sandersleben.

Jede Frau
muss unbedingt **Matori-Tabletten** anwenden.
Aerztl. empfohlen.
Erhältlich in allen Apotheken u. Drogerien usw.
Proben und Prospekte durch *3348
Max Hahn, G. m. b. H., Berlin SW. 68.

Von Donnerstag, früh 7 Uhr, an steht ein groß. Transport
prima Ferkel,
Läufer- u. Futterschweine
preiswert zum Verkauf. 5314
B. Bruchardt, Trothaer Straße 4, Telephon 3569.

:: Prima Qualität :: Äusserst preiswert!
Donnerstag und Freitag
Merseburg, Gottschaldstr.,
Gasthaus Halber Mond,
Geraer Herren- u. Kostümstoffe,
Konfirmandenstoffe.
*3354 Verkauf zu Fabrikpreisen.
Otto Böhmig,
Stoff-Versand, Gera-R.
Selten günstiges Angebot für Händler, Schneidermeister und Private

Familien-Nachrichten.

Dankſagung.

Für die zahlreiche Teilnahme und den reichen Blumenschmuck bei dem schweren Verluste meines unvergeßlichen Mannes

Wilhelm Mandel

sage ich allen meinen herzlichsten Dank. Vielen Dank auch den Herren Ingenieuren, Beamten, Arbeiterräten und sämtlichen Arbeitern der Grube Theodor. Ferner Dank dem Verband der Bergarbeiter des Bezirks Bitterfeld, dem Herrn Pastor Hoffmann für seine trostreichen Worte am Grabe, dem Herrn Kantor Schogger nebst Schuljugend, sowie allen Freunden und Bekannten. *3350

Die tieftrauernde Gattin:
Anna Mandel geb. Luge,
Roitzsch, Weststraße 8.

Schlafe du in guter Ruh',
Ewige Liebe deckt dich zu.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-1706752621919102211/fragment/page=0004
DFG

Nr. 248. — 30. Jahrgang. **Beilage zum Volksblatt.** Halle (Saale), 22. Oktober 1919.

Bergarbeiterlöhne u. Arbeitsscheu

Der Reichsanzeiger vom 26. September 1919 veröffentlicht die amtliche Statistik über die Bergarbeiterlöhne und die Zahl der verfahrenen Schichten in Preußen bis einschließlich 2. Vierteljahr 1919 nach Abzug aller Arbeitskosten sowie der Versicherungsbeiträge. Wir stellen die Zahlen für die 2. Quartale 1914 und 1919 zu nachfolgender Uebersicht zusammen. Es betrug im angegebenen Zeitraum pro Arbeiter:

	Zahl der Schichten	insgesamt	Lohnsumme Mk. pro Schicht
2. Quartal 1914	76	352	4,65
2. Quartal 1919	70	934	14,12

Die „Arbeitsscheu“ der Bergarbeiter scheint aus dem Rückgang der verfahrenen Schichten unzweifelhaft hervorzugehen, zumal, wenn man berücksichtigt, daß während des ganzen Krieges mit Ausnahme des 4. Quartals 1914 stets 80 und mehr Schichten verfahren worden sind. Aber nur oberflächliche oder deutlicher, verleumderische Beweisführung kann aus dem Rückgang der Schichtleistungen einen Zustand bergarbeiterlicher Arbeitsunlust, herausgebildet nach der Revolution, folgern. In Wirklichkeit liegen die Dinge so: rechnet man nach dem Beispiel der Berufsgenossenschaften das Jahr zu 300 Vollarbeitstagen, so haben die Bergarbeiter im 2. Quartal 1919 an jedem Arbeitstag, den sie nicht krank waren, eine volle Schicht verfahren! Leisteten also, was sie konnten. Während des Krieges dagegen haben sie im Jahre, wenn man gleichfalls die Krankheitstage mit in Rechnung stellt, bis zu 15 Prozent Ueberschichten geleistet! Wenn daher die Bergarbeiter-Zeitung jetzt schreibt: „An der Arbeitskraft und Gesundheit der Bergarbeiter wurde somit während der ganzen Kriegszeit der rücksichtsloseste Raubbau getrieben, dessen Folgen wir jetzt zu tragen haben,“ können wir uns daher zu ihrer Einsicht nur lobend äußern. Leider hat sie sie während des Krieges und lange nach der Revolution in hohem Maße vermissen lassen, was nicht wenig zur Hetze gegen die „arbeitsscheuen“ Bergarbeiter beigetragen. Wenn das Förderquantum pro Kopf gegenüber dem friedensmäßigen stark zurückgegangen ist, so haben wir es hier mit der ganz natürlichen Reaktion auf die Ueberspannung des physischen Vermögens des Bergproletariates im Kriege zu tun.

Auch die Behauptungen von den wahnsinnig hohen Bergarbeiterlöhnen, mit denen die Grubenkapitalisten für immer neue Kohlenpreiserhöhungen Stimmung zu machen versuchen, indem sie gleichzeitig die Unverschämtheit der Bergarbeiterschaft als schuldiges Karnickel herausstellen, werden durch die Gegenüberstellung der gezahlten Lohnsummen in ein eigenartiges Licht gebracht. Die in den zweiten Vierteln der Jahre 1914 und 1919 insgesamt gezahlten Lohnsummen differieren um 582 Mk., das sind rund 204 Prozent. Selbst nach vorsichtigsten Schätzungen, wie denen Calwers u. a., sind aber die Kosten der Lebenshaltung seit 1914 um mindestens rund 250 Prozent gestiegen. Woraus erhellt, was es mit dem Gerede von der Wahnsinnigkeit der Lohnsteigerungen speziell der Bergarbeiter nach der Revolution auf sich hat. In Wirklichkeit genügen selbst die im dritten Quartale 1919 durchgeführten, bis zu 20prozentigen Erhöhungen der Bergarbeiterverdienste noch nicht, um ihnen dieselbe relative Kaufkraft der 1914 erzielten zu verleihen!

In weitaus den meisten anderen Berufsschichten werden die Löhne der Bergarbeiter nicht verdient. Man mag daraus ermessen, wie wesentlich sich die Lage der deutschen Arbeiterschaft infolge des Krieges trotz gesteigerter Löhne verschlechtert hat. Es kommt nicht auf die Höhe der gezahlten Summen an. Ausschlaggebend für ihre Wertbemessung ist eben die Warenmenge, die dafür erstanden werden kann: und diese ist wesentlich geringer als vor dem Kriege. Trotz noch so gewaltiger Lohnerhöhungen sank der Reallohn in den letzten fünf Jahren, was bedeutet, daß die Kaufkraft der Massen zurückging, daß sie verelendeten. Aber damit nicht genug. Auch ihre Arbeitskraft wurde in geradezu schändlicher Weise durch die Kriegswirtschaft, speziell durch das Hindenburg-Programm, heruntergewirtschaftet. Es ist ja noch in aller Erinnerung, wie es gemacht wurde: wer sich seiner bis aufs äußerste betriebenen wucherischen Ausnutzung nicht fügte, wanderte in den Schützengraben!

Hand in Hand mit dieser Ueberspannung der Arbeitskraft ging gleichzeitig eine beispiellose Ernährungsverschlechterung. Das natürliche Produkt dieser beiden Faktoren ist jetzt die angebliche „Arbeitsscheu“ der Massen, die in Wahrheit einfach ihr Unvermögen bedeutet, mehr als die augenblickliche Arbeitsleistung zu verrichten. Um so niederträchtiger ist das Gekeife der Satten auf die „Faulheit“ der während des Krieges ausgepowerten Arbeiterschaft. Um so niederträchtiger auch die gloriose Sozialpolitik der abhängigen Regierung, die mit der Androhung von Zwangsarbeitsgesetzen, Koalitionsverschlechterungen und der Verwendung von Noskes Soldateska gegen die verelendeten Massen ein soziales Problem lösen zu können glaubt, das in nichts geringerem besteht, als im Wiederaufbau der zerstörten Arbeitskraft. Die notwendige Medizin hierzu kann die kapitalistische Wirtschaft den Massen nicht geben. Sie besteht nämlich in dem gesamten Ertrag des Produktionsprozesses, von dem ein großer Teil der Heilwirkung durch den Uebergang als kapitalistischer Mehrwert in den Besitz der herrschenden Klassen entzogen wird. Das aber haben die Arbeiter erkannt, dagegen wehren sie sich mit Recht, deshalb verlangen sie die soziale Revolution, den Sozialismus. Noske und Konsorten können ihn nicht schaffen, weil sie damit ihre eigene Position zerstören würden. Deshalb kehren sie alle Machtmittel des kapitalistischen Staates gegen die revolutionierte Arbeiterschaft, ohne in ihrer Verranntheit zu merken, daß sie gegen Symptome kämpfen, zu dessen Konservatoren sie sich machten.

Der Gang der Entwicklung aber ist unaufhaltsam: er führt zum Sozialismus. Und wenn er, wie es scheint, den Charakter einer langen Wüstenwanderung für die Völker annehmen wird, so tragen nicht die Revolutionäre daran die Schuld, sondern diejenigen, die ein jetzt schon innerlich zermorschtes und zermürbtes System mit den Gewaltmitteln zu erhalten versuchen, welche seiner Natur entsprechen. Lüge und Verleumdung gehören dazu so gut wie Giftgase und Handgranaten.

Nationalversammlung.

104. Sitzung, 21. Oktober 1919.

Das Reichsschatzministerium.

Reichsschatzminister Mayer-Kaufbeuren: Der ordentliche Ausgabenetat des Reichsschatzministeriums stellt sich für das laufende Jahr auf insgesamt 432 Millionen Mark. Dazu treten die außerordentlichen Aufwendungen für einmalige Ausgaben während des laufenden Jahres in der Höhe von 1,8 Milliarden Mark. Alle mobilen Heeresgüter, die noch vorhanden sind, sind heute in unserer Hand. Werte im Betrage von 150 Millionen Mark sind bereits in die Hand des Reiches zurückgeführt. Ueber 400 Millionen, die zum größten Teil auch dem Reich zurückgegeben werden, schweben noch Verhandlungen. Das Reichsfinanzministerium hatte seinerzeit den gesamten Wert der noch geretteten Heeresgüter auf drei Milliarden Mark geschätzt. Bis heute aber ist es uns schon gelungen, **drei Milliarden Mark** aus dem Heeresgut zu erlösen. **Nach meiner Schätzung befindet sich noch für etwa zwei Milliarden Mark mobiles Heeresgut in Deutschland.** Die Heeresbetriebe werden in Gesellschaftsform übergeführt und nach kaufmännischen Gesichtspunkten betrieben werden. Die Umstellung der Heeres- und Marinebetriebe auf den Friedensbetrieb bereitet große Schwierigkeiten, da bei der Einrichtung der Betriebe hierauf nicht Bedacht genommen worden ist. Ein Umbau der Anlagen ist meist nicht möglich. Für die Beamten und Arbeiter, die nicht übernommen werden können, soll nach Möglichkeit anderweitig gesorgt werden. Wir haben, so weit es möglich ist, die Akkordarbeit eingeführt, um fleißige Arbeit zu erzielen. Es besteht die Hoffnung, daß wir genügend Aufträge bekommen.

Auch die ganze aktive Militärverwaltung wird dem Reichsschatzministerium übertragen, außerdem die **Kosten des Besatzungsheeres und die Reichsvermögensverwaltung. Der Unterhalt der Besatzungstruppen im Westen erfordert im Jahre den Betrag von 1,2 Milliarden Mark.** Man muß für die interalliierten Besatzungstruppen heute schon mit einer **Gesamtausgabe von mindestens 2½ Milliarden Mark** rechnen. (Hört, hört!) Wir kennen seit Abschluß des Waffenstillstandes auch nicht annähernd die ziffernmäßige Stärke der Besatzung. (Hört, hört!) Im August dürften es 400 000 Mann gewesen sein. Unter Unterhalt haben wir die Unterbringung und Verpflegung der Truppen verstanden, die Alliierten verstehen darunter aber sämtliche Ausgaben jedweder Art, die mit der Besetzung durch feindliche Truppen irgendwie zusammenhängen. Eine Berechnung der Unterhaltskosten wurde bisher noch immer ohne jede Begründung abgelehnt. (Hört, hört!) Die Requisitionen werden in den ersten neun Monaten auf etwa 900 Millionen Mark geschätzt. Unmittelbar nach Friedensschluß sollen in Berlin zwei Ueberwachungskommissionen eintreffen, für deren Unterbringung mehrere große Hotels mit Hunderten von Zimmern, sowie Garagen für 60 Automobile erforderlich sein werden. Diese Maßnahme würde als Dauermaßnahme einen Aussaugungsakt darstellen, der in letzter Linie der Entente zum Schaden gereichen muß.

Abg. Giebel (Soz.): Die Alliierten sollten bedenken, daß sie nicht zu einem reichen Manne kommen. Sie sollten sich den Verhältnissen unseres Landes anpassen und bei der Besatzung größte Sparsamkeit walten lassen. Bei der Umstellung der Heeres- und Marinebetriebe handelt es sich um eine Existenzfrage der Arbeiterschaft. **Die Verzögerung der Entmilitarisierung der Betriebe hat die Arbeitsfreudigkeit nicht gehoben.** Jetzt werden aus den Heeres- und Marinebetrieben, die in Friedensbetriebe umgestellt werden,

200 000 Arbeiter entlassen,

die dort bisher eine bescheidene Existenz gefunden haben. Es hätte keine so große Zahl von Entlassungen erfolgen sollen. **Von dem kaufmännischen Geist, der ins Ministerium eingezogen ist, versprechen wir uns sehr viel.** Die Bekleidungsämter hätte man behalten müssen. Die Staatsbetriebe müssen Musterbetriebe werden. Das Reichsverwertungsamt hat das Reichsinteresse den Schiebern und Betrügern gegenüber nicht immer ausreichend gewahrt.

Abg. Ersing (Zentr.): Die bedeutsamste Ausgabe des Ministeriums ist die **Umstellung der Heeresbetriebe in Friedensbetriebe.** Die Zahl der Beamten muß verringert werden. Leute, die Terror treiben, muß man entlassen.

Abg. Gothein (Dem.): Es ist bedauerlich, daß die Entente so wenig Verständnis für die Leistungsfähigkeit Deutschlands zeigt.

Das Schiebertum

im Westen wäre ohne die Bestechlichkeit der gegnerischen Truppen gar nicht möglich.

Das Haus vertagt sich auf Mittwoch, den 22. Oktober. Weiterberatung. — Schluß 5¾ Uhr.

Verbandstag der Metallarbeiter.

Stuttgart, 18. Oktober 1919.

Sechster Verhandlungstag.

In der Nachmittagssitzung stehen die Referate von Zernicke und Müller-Berlin zur Debatte.

Wiersich-Breslau hält an der Tarifpolitik fest, tritt entschieden für die Arbeitsgemeinschaften ein. Er wirft den Großstadtkollegen vor, daß sie wenig Verständnis für die Verhältnisse der Provinz hätten.

Miller-Bremen sieht in dem Personenwechsel des Vorstandes noch keine Garantie, daß ein anderer Kurs folgen werde. Er tritt für das Rätesystem ein und sagt, daß der Zweck der Gewerkschaften die Verbesserung der Lage der Arbeiter sei, aber daß der Endzweck die Beseitigung des Kapitalismus sei.

Bitzert-Mannheim erhebt starke Bedenken gegen die Sozialisierung, daß die Kopfarbeiter noch sehr unsicher seien und den Sozialismus sabotieren könnten, deshalb seien die Arbeitsgemeinschaften eine Vorstufe für den Sozialismus.

Wagner-Hamburg entgegnet, daß die Betriebsräte überall niedergehalten würden, man solle doch erst abwarten, wie sie sich bewähren. Man fürchte aber die Entfaltung der Betriebsräte.

Bedel (Arbeitsgemeinschaft) führt aus, daß im rheinisch-westfälischen Industriegebiet erst durch das Hilfsdienstgesetz eine feste Grundlage für den Verband geschaffen worden sei. Der Kapitalismus läge nicht am Boden, wie viele Redner meinen. Die Arbeitsgemeinschaft soll noch keine Interessengemeinschaft mit den Unternehmern sein.

Dißmann-Frankfurt führt aus, daß die Arbeitsgemeinschaft abzulehnen sei, weil sie abseits vom Klassenkampf führe. Unsere Ablehnung führe noch zu keinem Bruche mit dem Gewerkschaftsbunde.

Zernicke verteidigt nochmals die Arbeitsgemeinschaften und den durch den Vorstand eingeschlagenen Weg dazu.

Müller-Berlin bedauert in seinem Schlußwort, daß er wegen Zeitmangels nicht über das Rätesystem habe sprechen können. Er zerpflückt in seinen weiteren Ausführungen die Gegenresolution Haas zur Arbeitsgemeinschaft, das Rätesystem sei der einzige Weg, um einer Wirtschaftskatastrophe zu begegnen. Damit hatte die Aussprache über die Arbeitsgemeinschaft ihr Ende erreicht. Nun folgte die Abstimmung über die Anträge zum Bericht des Hauptvorstandes.

Der Antrag Dißmann wird mit 194 gegen 129 Stimmen angenommen. Der Antrag lautet:

„Die Generalversammlung verwirft die Haltung und Politik, die von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands und von den leitenden Instanzen unseres Verbandes während den Jahren des Krieges wie nach den Novembertagen 1918 eingenommen wurde.

Jene Kriegspolitik ließ den Klassenkampfcharakter der Gewerkschaften verschwinden und fand ihren Anschluß an der Seite der herrschenden Klasse, der bürgerlichen Parteien, und führt zum engsten Zusammenarbeiten mit dem Arbeitgebertum in den sogenannten Arbeitsgemeinschaften, in denen sich die Vertreter freier Gewerkschaften in holder Eintracht mit den Widersachern der Arbeiterklasse, den Kapitalisten zusammengefunden haben.

Die verwerfliche Kriegspolitik der leitenden Gewerkschaftsinstanzen und Vorstände fand ihre logische Fortsetzung nach den Tagen der Revolution. Anstatt den revolutionären Kampf des Proletariats mit allem Nachdruck zu fördern, wurde die Haltung der gleichen Gewerkschaftsinstanzen vielfach zu einem Hemmnis des proletarischen Befreiungskampfes inmitten der Revolution.

Der Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft muß ein sozialistischer sein. Davon ausgehend sind Haltung und Politik des Verbandes konsequent auf den

Ingenieur Horstmann.

Roman von Wilhelm Hegeler.

32] [Nachdr. verb.]

„Wundervoll!“ sagte Oberstadt, ihr nachblickend. „Was sie gesagt hat, war alles erlogen. Die pfeift auf meine Sonaten. Tanzmusik wäre ihr zehnmal lieber. Aber wie hat sie das alles zu drehn gewußt! . . . Und sehen Sie nur ihren Gang! Muß man sie nicht für ein junges Mädchen halten? Ja, die hängt nun ihr Lebelang an diesem Kerl ohne Manieren, verrückt obendrein. Kann man's ihr übelnehmen, wenn sie sich auf eigene Faust amüsiert?“

Aber in der ehrlichen Seele des Malers hatte das Entzücken an der schönen Frau dem Mitgefühl mit dem unglücklichen Ingenieur Platz gemacht. Ihm schwebte das Bild eines alten Mannes vor, der im grauen Zwielicht aus dem Fenster starrt auf die herbstlich kahlen Bäume, dem das Leben nach allen Qualen und Enttäuschungen nur den einen Wunsch gelassen hat, daraus zu scheiden.

„Was ist denn mit Horstmann geschehen? fragte er. „Hat man ihn ins Irrenhaus gebracht?“

„Das Schönste kommt erst noch,“ fuhr Oberstadt fort, während sie langsam in ziemlicher Entfernung hinter den anderen zum Speisezimmer gingen.

„Als Horstmann nach Hause gekommen ist, hat er sich hingesetzt und einen Artikel für das Düsseldorfer Volksblatt verfaßt. Der Artikel heißt: „Die Luringer Brücke und wer sie gebaut hat.“ Ich habe leider die Nummer nicht mehr bekommen, aber was da drin gestanden hat, muß ja einfach toll gewesen sein. Den Minister, den Präsidenten, die anderen Baumeister, überhaupt ungefähr die ganze Düsseldorfer Gesellschaft hat er in Bausch und Bogen für Lumpen und Spitzbuben erklärt. Der Artikel hätte ihm sicher ein paar Monate eingebracht. Aber den nächsten Tag, als er sich auch zu Haus wie ein Irrsinniger benommen hat — er hat seine Frau ein bißchen mit dem Messer gekitzelt, glaub ich — da ist denn endlich der Doktor Zimmer mit ein paar handfesten Wärtern gekommen. Die haben ihn eingesackt und nach Grafenberg geschickt. Aber kommen Sie! Einen Schluck Rüdesheimer, eh man spielt, das ist zwar eigentlich eine Unverschämtheit einem das anzubieten, aber . . .“

Er drängte sich zwischen die anderen an den Tisch, und nachdem er vorsichtig mit seinen delikaten Musikerhänden einige Brötchen ergriffen hatte, verschlang er hastig eins nach dem andern.

Der Maler, dem soeben der Diener ein Glas Wein reichte, stand neben Frau Horstmanns Tochter. Verstohlen betrachtete er sie. Alles an diesem derbgewachsenen Mädchen, die um den Kopf gelegten braunen Flechten, das grüne Tuchkleid, die runden, wenig gepflegten Hände, verriet einfache Natürlichkeit. Ihr Gesicht war von auffallender Kindlichkeit. In ihre Seele hatte das Leben offenbar nur wenig und ganz einfache Dinge eingeschrieben. Zugleich aber hatte das Gesicht einen gewissen mütterlich fürsorglichen Ausdruck, wie er jungen Menschen eigen ist, die im Zusammenleben mit alten, gebrechlichen Personen aufgewachsen sind. Sie war nicht hübsch, aber dem Maler gefiel sie, im Gegensatz zu den künstlich ausstaffierten Salongeschöpfen. Sie erinnerte ihn an die holländischen Fischermädchen, die ihm so oft Modell gesessen hatten.

Beide warfen sich von Zeit zu Zeit einen Blick zu, in dem der Wunsch nach Anknüpfung lag. Dann sagte Fernow zu ihr:

„Sie sind noch nicht lange hier, wie ich gehört habe.“

„Seit drei Wochen . . . Es ist die erste große Gesellschaft, die ich mitmache.“

„Wo waren Sie früher?“

„In Eisenach. Meine Großmutter hat dort ein kleines Haus.“

„Es ist gewiß sehr hübsch dort.“

„Ja . . . wie man's nimmt,“ erwiderte sie in etwas zweifelhaftem Tone. „Meine Großmutter ist seit vielen Jahren kränklich. Sie muß zu Bett liegen. Da bin ich oft eine Woche lang nicht aus dem Zimmer gekommen.“

„Das muß freilich nicht sehr amüsant sein.“

„So schlimm, wie man sich's denkt, ist's nicht. Nur fühlt man sich sehr einsam. . . . Hier ist es freilich schöner.“

Sie kamen schnell ins Gespräch. Er erzählte von Holland. Dort hatte auch er die Einsamkeit kennen gelernt und in dem öden Fischerdorf oft wochenlang nichts gehört als das dumpfe Brausen der Brandung gegen die Dünen.

„Sie sind doch Seemann?“ unterbrach sie ihn.

„Ich bin Maler.“

Nun sprachen sie über Bilder. Charlotte erzählte, daß sie auch zeichnete. Am liebsten Landschaften. Sie wollte hier Unterricht nehmen. Sobald es ihrem Vater besser ging, würde sie mit ihm darüber sprechen.

„Wenn sie uns mal wieder besuchen, möchte ich Ihnen meine Skizzen zeigen. Sie müssen mir dann offen Ihr Urteil sagen. Mein Lehrer in Eisenach meinte, ich hätte Talent. Aber ich fürchte, er verstand selbst nicht allzu viel.“

Die Leute hatten sich schon in den Salon zurückbegeben, während sich die beiden noch unterhielten. Gerade wollten sie nachkommen, als Frau Horstmann ins Zimmer sah.

„Lotte, wo steckst du? Komm, es wird gespielt.“

Das junge Mädchen lächelte und hing sich erfreut in den Arm ihrer Mutter, auf deren Schönheit sie stolz war. Hinter ihnen kehrte der Maler in den Salon zurück.

Oberstadt saß schon am Klavier. Er spreizte die Finger und fuhr mit schnellen Griffen über die Tasten. Anna schob ihre Tochter auf einen leeren Stuhl und setzte sich selbst neben Bert. Noch plauderte man halblaut. Da schlug Oberstadt einen vollen Akkord an. Schnell flüsterte man die letzte Liebenswürdigkeit, die letzte Bosheit, ließ noch ein Lächeln über das Gesicht gleiten, dann war es still. Alle blickten gelangweilt drein. Der Komponist spielte sein Opus Nummer 43.

*

Wie immer war Horstmann um fünf von seinem Spaziergang heimgekehrt. Letzte Tageshelle fiel durch das Fenster, als er sich an den Schreibtisch setzte. Von den verstreut herumliegenden Papieren ergriff er einige halbbeschriebene Seiten, las sie durch, in seinen Stuhl zurückgelehnt, sann dann eine Weile nach, während sein Gesicht einen krampfhaft gespannten Zug annahm, der die Mühe des Gedankensammelns verriet. Dann griff er zur Feder, tauchte ein, aber nachdem er einige Augenblicke die weiße Hälfte des Bogens angestarrt hatte, warf er den Halter zurück. Den Kopf in die Hand gestützt, verfiel er mit müdem, gebrochenem Ausdruck in seine Grübeleien. Es ging ihm wie einem Ertrinkenden, der sich aus den Wellen glücklich mit Aufbietung der letzten Kräfte zum Ufer hinarbeitet, aber in dem Augenblick, wo er den Uferrand ergreift, verläßt ihn die Kraft, und er sinkt haltlos in den Strudel der Wellen zurück.

An dem einen verhängnisvollen Tage war das ganze Gebäude seines Lebens zusammengebrochen, und er saß mit schlaffen Händen und dumpfem Geist auf dem Trümmerhaufen, ohne Kraft, ohne Lust, an irgendeiner Stelle wieder neu aufzubauen.

Ein Bankkonsortium hatte ihm beim Bau einer rumänischen Eisenbahnlinie eine glänzende Stellung angeboten, aber er hatte mit zwei kurzen Zeilen abgelehnt. Geld zu verdienen brauchte er nicht mehr. Und eine angesehene Stellung in einem fremden Lande zu haben, lockte ihn auch nicht. Hier in seinem Vaterland, in seiner engsten Heimat war er gescheitert, mit dem Werk, an das er seine beste Kraft gesetzt. Nicht gescheitert, das Werk stand da, täglich rollten Eisenbahnzüge über die Brücke hin, Tausende von Leuten hatten aus den Kupeefenstern in den schwindelnden Abgrund, über den die Kunst des Ingenieurs den eisernen Bogen geschlagen hatte, hinuntergeblickt. Die Luringer Brücke war weltbekannt, aber den Namen des Erbauers hatte der schwarze Undank ausgelöscht. Er war um seinen Lohn betrogen, durch die Hinterlist und Gemeinheit derer, die ihm dankbar hätten sein sollen. Das war der Schlag, der ihn niedergestreckt hatte, und von dem er sich nicht erholen konnte. Die Aerzte behaupteten, er sei verrückt gewesen. Und sie hatten recht. Die Ereignisse der letzten Zeit hatten seinen Geist verwirrt.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219191022-11/fragment/page=0005

Boden des revolutionären Klassenkampfes und des Rätesystems einzustellen, um den Kampf des Proletariats zum schnellen und sicheren Siege des Sozialismus zu führen, mündend in der siegreichen Weltrevolution des Proletariats.

Innerhalb des Metallarbeiterverbandes ist den Mitgliedern im weitgehendstem Sinne das Mit- und Selbstbestimmungsrecht zu gewährleisten. Ueber rein örtliche Angelegenheiten entscheidet die Mitgliedschaft am Orte, desgleichen über die Verwendung der Lokalgelder, sowie der Hebung und Verwendung örtlicher Extrabeiträge.

Verwaltungsstellen, deren Generalversammlungen sich nach einem Vertretersystem zusammensetzen, haben letzteren eine Grundlage zu geben, die es den Mitgliedern vor dem Stattfinden einer jeden Generalversammlung — solche haben mindestens vierteljährlich stattzufinden — ermöglichen, ihre Vertreter zur jeweiligen Generalversammlung zu bestimmen.

Die Angestellten der Organisationen haben sich gleich den Ortsverwaltungen einer jährlichen Neuwahl zu unterziehen. Das gleiche gilt für die Angestellten in den einzelnen Bezirken durch die zuständigen Bezirksorganisationen bzw. Bezirkskonferenzen. Die Ortsverwaltungen bedürfen keiner Bestätigung durch den Vorstand. Dißmann."

Die Resolution Müller-Berlin über die Arbeitsgemeinschaften wird ebenfalls mit 194 gegen 129 Stimmen angenommen.

Durch die Annahme der Resolution Müller sind die Arbeitsgemeinschaften für die Metallindustrie erledigt. Sie lautet:

Erklärung:

„Die November-Revolution hat der deutschen Arbeiterschaft die Befreiung vom kapitalistischen Joch nicht gebracht. Beim Ausbruch der Revolution versuchte die kapitalistische Gesellschaft durch straffen Zusammenschluß ihrer Kräfte und deren rücksichtslose Einsetzung im wirtschaftlichen und politischen Kampfe, ferner durch Dienstbarmachung der politischen und militärischen Gewaltmittel die Arbeiterschaft zu willenlosen Ausbeutungsobjekten herabzudrücken. Die kapitalistische Gesellschaft, geschwächt durch den in ihrem Schoße geborenen Weltkrieg erhoffte von diesem Vorgehen die Wiederaufrichtung und dauernde Sicherung ihrer Herrschaft, und die Verhinderung des von der Arbeiterschaft verlangten sozialistischen Gemeinwesens. Dieses Bestreben der kapitalistischen Gesellschaft hat die von jeher bestehenden Klassengegensätze und die dadurch bedingten Klassenkämpfe ins Unerhörte gesteigert und sie mehr und mehr zu reinen Machtkämpfen zwischen Arbeit und Kapital auswachsen lassen.

„Diese Klassengegensätze und Klassenkämpfe durch Schaffung von Arbeitsgemeinschaften zwischen Arbeit und Kapital zu überbrücken ist ein Versuch, der nur Verwirrung in die Reihen der Arbeiter trägt und den erforderlichen Klassenkampf unterbinden muß.

„Die Arbeiterschaft, durch ihre elende wirtschaftliche Lage zu immer neuen Forderungen und Kämpfen gezwungen, kann sich nicht mit geringen Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse innerhalb des kapitalistischen Klassenstaates begnügen, sondern ist gezwungen, den Kampf um die Produktionsmittel, den Kampf zur Beseitigung des Kapitalismus mit aller Schärfe fortzuführen. Dieser Kampf ist ein wirtschaftlicher und zugleich ein politischer Kampf, der von der Arbeiterschaft in erster Linie durch Verweigerung ihrer Arbeitskraft geführt werden muß. Dazu ist der Zusammenschluß der Arbeiterklasse — aller Hand- und Kopfarbeiter — zu gewaltigen Kampforganisationen notwendig.

„Das Proletariat Deutschlands hat sich Partei- und Gewerkschaftsorganisationen geschaffen. Diese standen mehr oder weniger auf dem Boden des Klassenkampfes, soweit es sozialistische Partei- oder freie gewerkschaftliche Organisationen waren. Infolge der als Folgeerscheinung des Weltkrieges und einer politischen Revolution geschaffenen wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse und des dadurch bedingten und immer näher rückenden Entkampfes, können diese Organisationen allein nicht mehr genügen.

„Vielmehr müssen die gewerkschaftlichen Organisationen sich zu gewaltigen Industrieverbänden zusammenschließen, um dadurch zum Fundament eines sich organisch entwickelnden Rätesystems zur wirtschaftlichen Betätigung zu werden. Dieses Rätesystem muß alle Kräfte des werktätigen Volkes sowohl zu einer Kampforganisation zur Erkämpfung des Sozialismus vereinigen, wie auch gleichzeitig alle Vorbereitungen zur Uebernahme der kapitalistischen Wirtschaft und deren Ueberleitung zum sozialistischen Gemeinwesen treffen, um sich dann selbst zu einem das ganze Wirtschaftsleben tragenden Organismus fortzubilden.

„Die 14. Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes erkennt die vorstehenden Grundsätze an und ist bereit, eine diesen Grundsätzen entsprechende neue Kampf- und Organisationsbasis für den Verband zu schaffen. Sie lehnt jede Arbeitsgemeinschaft mit dem Unternehmertum ab, erkennt nur das durch die wirtschaftlichen Kämpfe erforderliche Verhandeln an.

Der Vorstand wird ermächtigt, sofort die erforderlichen Vorbereitungen zur Schaffung eines alle Hand- und Kopfarbeiter der Metallindustrie erfassenden Industrieverbandes zu treffen, und zu diesem Zwecke die notwendigen Verhandlungen zu pflegen. Rich. Müller."

In der Abendsitzung werden noch alle Anträge zum Vorstandsbericht erledigt und die Generalversammlung um 9 Uhr vertagt.

Aus dem Saalkreis.

Beschädigung von Hochspannungsleitungen.

Das Ueberlandwerk Saalkreis-Bitterfeld weist in einer Bekanntmachung darauf hin, daß durch die andauernden Beschädigungen der Hochspannungs-Isolatoren und durch das Hineinwerfen von Fremdkörpern die Einstellung der Stromlieferung bevorstehe, weil Ersatz-Isolatoren nicht zu beschaffen seien. Es wäre zu wünschen, daß das Ueberlandwerk zur Erfassung der Täter nach Kräften unterstützt wird, damit sie nicht wegen solcher dummen Streiche die für Licht- und Kraftzwecke außerordentlich nötige Elektrizitätslieferung für viele Gemeinden unterbunden wird.

Wettin. Wiederaufnahme des Steinkohlenbergbaues. In bürgerlichen Blättern wird gemeldet, daß die Staatsregierung gegenüber dem Antrag der Stadtgemeinde Wettin, die in hiesiger Gegend liegenden verlassenen staatlichen Steinkohlenschächte, die einst reiche Ausbeute lieferten, später aber stillgelegt wurden, wieder in Betrieb zu nehmen, eine ablehnende Haltung einnahm. Die Regierung macht geltend, daß ihr dafür die Mittel fehlen. Sie erklärte sich aber unter Preisgabe ihres grundsätzlich ablehnenden Standpunktes bereit, die Schächte geeigneten privaten Unternehmern zu überlassen und dabei im Interesse der baldigen Wiederaufnahme der Förderung jedes Entgegenkommen zu erweisen.

Das sieht der „sozialistischen" Regierung wieder so recht ähnlich. Sie hat keine Mittel, um die Kohlennot auf so höchst einfache Weise lindern zu wollen; Geld ist im Ueberfluß nur da für den Noskemilitarismus und damit zur Niederknüttelung der Arbeiterschaft, aber niemals für Kulturzwecke. Man muß wirklich schon Regierungssozialist sein, um zu begreifen, daß es „sozialistisch" sei, staatlichen Besitz dem Privatkapital zur Ausbeutung zu überlassen. Man will den Kapitalisten im Gegenteil noch jedes Entgegenkommen beweisen, damit sie recht bald fette Dividendenprofite einstreichen können. — Es lebe der Sozialismus!

Beesenlaublingen. Oeffentliche Versammlung am Freitag, abends 7 Uhr, im Gasthaus zur Linde. Genosse Scholem-Halle, spricht über die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiterschaft. Zahlreiches Erscheinen ist erforderlich.

Halle und Saalkreis.

Halle, den 22. Oktober 1919.

Distriktsversammlungen der U. S. P.

Donnerstag, den 23. Oktober, abends 8 Uhr, finden in den bekannten Lokalen der Stadt

Distriktsversammlungen

statt. In den Versammlungen soll der Bericht über die Kreisgeneralversammlung, sowie aus der letzten Funktionärsitzung gegeben werden.

Reichskonferenz der in der Elektroindustrie Beschäftigten.

Die Diskussion über den richtigen Aufbau einer wirtschaftlichen Räteorganisation geht nun schon über eine ganze Reihe von Monaten hinweg. Jedoch ist von Theorie bis zur Praxis, wie immer, ein weiter Weg. Nur zuviel der kostbaren Zeit wurde mit diesen, zur Aufklärung an sich gewiß nützlichen Debatten vertan. Der Arbeiter und Angestellte aber sieht mit Ingrimm und bitterer Enttäuschung, wie sein Gegner, der Kapitalismus, alle Kräfte zusammenrafft, sich eine so festgefügte Kampforganisation schafft, daß die ganze Herrlichkeit, die Gewerkschaften, daran zu zersplittern drohen. Niemals war das deutsche Unternehmertum entschlossener, siegessicherer als jetzt, zehn Monate nach der Revolution. Sie hat — mit hochtönenden Phrasen wird es immer wieder feierlich in die Welt posaunt — dem deutschen Proletarier ein Uebermaß von Freiheit, Demokratie und Mitbestimmungsrecht gebracht. Wie es damit wirklich bestellt ist, welchen Einfluß die Arbeitervertretungen in den Werken tatsächlich haben, davon kann jeder Betriebsrat, jeder Ausschuß liebliche Dinge berichten. Nichts mag in dieser Beziehung anschaulicher wirken als die Tatsache, daß von etwa 400 Obleuten, welche den Angestelltenstreik im April in Berlin um das Mitbestimmungsrecht führten, nicht ein Drittel mehr in den ursprünglichen Betrieben tätig ist. Tatsächlich hat der Kapitalismus es verstanden, seine wankende Machtposition in kürzester Frist wieder so zu stärken, daß heute die Diktatur des Kapitalismus eine schmerzliche Gewißheit ist.

Möglich war das dem Unternehmertum durch drei Dinge: einheitliche, straffe Führung, Geschlossenheit in der Idee und im Wollen, und der den Manchestermännern eigene, durch brutalen Egoismus geschärfte Instinkt, drohende Gefahren rechtzeitig zu erkennen. Der daraus resultierende Wille hat das Unternehmertum unaufhaltsam getrieben, sich eine, dem Rätegedanken ähnelnde derart glänzende Organisation für das ganze Reich zu schaffen, daß man ihr unwillkürlich die Anerkennung nicht versagen kann. Gleich einem feinnervigen, äußerst prompt reagierenden Telegraphen reicht sie in die feinsten Verästelungen der Industrie hinein, läßt in kürzester Zeit alle Zusammenhänge störender Eingriffe erkennen und ermöglicht, Reserven an der gefährdeten Stelle schnellstens einzusetzen. Das ist die Ursache der Ueberlegenheit, welche die Herrschaften zu der Brüskierung der Arbeiterschaft ermutigt. Was tat die Arbeiterschaft, um dem geeinten, zum äußersten Kampf entschlossenen Gegner ein Gleiches entgegenzusetzen? Sie redete! Die Unternehmer haben bei weitem nicht so viele schwungvolle Ansprachen bei ihren Konferenzen gehalten als die Proletarier. Sachlich-nüchtern erkannten sie nur: Dort steht der Gegner, das sind seine Schwächen, so müssen wir ihn anpacken! Dem Beschluß folgte die einheitlich durchgeführte Tat.

Das haben sich die in der Elektroindustrie Beschäftigten zum Vorbild genommen. In unglaublich kurzer Zeit hat eine Kommission umfassende, grundlegende Arbeiten durchgeführt. Ein fast lückenloses Arbeitsprogramm liegt vor. In vielen Orten, wie Berlin, Chemnitz, Stettin, München, Halle, schickt man sich an, danach zu arbeiten. Nun handelt es sich weiter darum, auf einer Reichskonferenz die Obleute und Betriebsräte zusammenzufassen, um gemeinschaftlich das schwere Werk: die Schaffung einer Einheitsfront gegen die kapitalistische Reaktion zu beenden. Eine solche Reichskonferenz aller in der elektrotechnischen Industrie beschäftigten Hand- und Kopfarbeiter hat am 19. und 20. Oktober in Halle stattgefunden. 68 Delegierte aus ganz Deutschland vertraten 127 835 Arbeitende. Der Organisation nach waren vertreten: Metallarbeiterverband, Holzarbeiterverband, Zentralverband der Angestellten, Werkmeisterverband und der Bund der technischen Beamten. Einstimmig machte sich die Konferenz folgende Grundsätze zu eigen: Mitglieder der Orts-, Bezirks- und Zentralausschüsse können nur freigewerkschaftliche oder einer revolutionären Kampforganisation angeschlossene Arbeitnehmer werden. Es ist alles zu tun, um die gelbe Gefahr zu bekämpfen, insbesondere dadurch, daß nur freigewerkschaftliche, einer revolutionären Kampforganisation angeschlossene Arbeitnehmer als Vertrauenspersonen die Leitung der Betriebe erhalten. Die Zusammenarbeit der Funktionäre ist eine Frage des gegenseitigen Vertrauens und setzt rückhaltlose Anerkennung des Sozialismus und des Rätegedankens voraus. Die gewählten Orts-, Bezirks- und Zentralausschüsse unterstehen der Hauptgruppe Metallindustrie. Den Berliner Streikenden sowie dem Verbandstage der Metallarbeiter in Stuttgart wurde telegraphisch die Sympathie der Konferenz übermittelt. Zum weiteren Ausbau des Rätesystems soll in nächster Zeit ein Reichskongreß stattfinden. Der Kongreß verurteilt ferner alle Art von Akkordarbeit unter dem heutigen kapitalistischen System.

Behandelt die Bibliotheksbücher gut!

Unter den Benutzern der öffentlichen Bibliotheken sind viele Freunde eines guten und schönen Buches, die es zu schätzen wissen und es seinem inneren und äußeren Werte entsprechend sorgsam behandeln. Ihnen stehen aber viele gegenüber, denen diese Sorgfalt noch fern liegt; das beweisen die Erfahrungen, die täglich in einer öffentlichen Bibliothek mit Büchern und Lesern gemacht werden. Von hundert ausgeliehenen Büchern kommen kaum zehn in dem Zustande, in dem sie die Bibliothek verließen, zurück. Unter zwanzig Büchern, die nach jeder Entleihung einer genauen Prüfung unterzogen werden, wird fast immer eins sein, das vom letzten Leser so schlecht behandelt wurde, daß man ihn zur Verantwortung ziehen möchte.

Bände könnten über dieses Thema geschrieben werden. Wenn jeder Leser denken würde, das Buch will nach dir noch ein anderer lesen, da darfst du weder Fettflecke hineinkommen lassen, noch den Rand als Notizblock benutzen, so wäre damit schon etwas geholfen. Es kann vorkommen, daß ein öfter gelesenes Buch in der Heftung locker wird und sich Blätter lösen. Nicht vorkommen soll aber, daß man diese Blätter nicht wieder mitbekommt. Fehlende Blätter machen ein Buch wertlos. Zeichentalente der Jugend sollen gefördert werden. Bibliotheksbücher sind aber das ungeeignetste Material dazu. So sauber wie man die Bücher zu erhalten wünscht, so sauber liefere man sie ab.

Ja, wenn sich Bücher reinigen ließen wie Kleider oder Wäsche, könnte der Schaden wohl behoben werden, aber noch gibt es kein wirklich zuverlässiges Mittel zur Entfernung der Flecken und jede Reinigung greift das Buch an und macht es unansehnlicher. Man muß zufrieden sein, daß man zum Teil abwaschbare Einbände haben kann. So bleibt dem Bibliothekar nichts übrig, als die Bücher mit beschmutzten Blättern weitergehen zu lassen, was viele Leser als sehr unangenehm empfinden, oder sie auszuscheiden und das Geld, das für Anschaffung von Neuerscheinungen bereitgehalten wurde, für den Ersatz der vorzeitig abgenutzten Bücher zu verwenden.

So schädigen die unachtsamen Leser die Gesamtheit und es ist nur zu wünschen, daß mehr und mehr erkannt wird, wie notwendig es ist, auch der Erhaltung der Bibliotheksbücher die Aufmerksamkeit zu schenken, die ihnen als den Trägern des Schönen, Guten und Nützlichen zukommt! Die Zentralbibliothek.

* **Freie Sozialistische Jugend.** Unsere Reichsjugendkonferenz ist beendet. Es sind dort äußerst wichtige Beschlüsse gefaßt worden, die die sofortige Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung nötig machen. Dort wird der Bericht erstattet und soll zu den Beschlüssen Stellung genommen werden. Die Generalversammlung findet am Freitag, den 24. Oktober, pünktlich 7 Uhr, im Volkspark statt. Jugendgenosse Hoffmann berichtet über die Stellung zu den Parteien. Jugendgenosse Gräfe berichtet über die Gewerkschaftsfrage und Arbeit auf dem Lande. Jugendgenossin Schmidt berichtet über die sozialistischen Kindergruppen. Jugendgenosse Menzel ist als Korreferent vorgesehen. Kein Mitglied darf fehlen. Ohne Legitimation kein Zutritt.

* **Sozialistische Studentengruppe.** Der für heute abend im St. Nikolaus angesagte Vortrag des Professors Heldmann über: Geschichte des Förderalismus, fällt wegen Verhinderung des Vortragenden aus. Sozialistische Studentengruppe.

* **Graphisches Gewerbe.** Es sei darauf hingewiesen, daß morgen, Donnerstag, abend 7 Uhr in Wilsdorfs Gesellschaftshaus, Karlstraße, eine öffentliche Versammlung stattfindet. Thema: Der graphische Industrieverband und seine Aufgaben. Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert das Erscheinen aller im graphischen Gewerbe Tätigen.

* **„Technische Nothilfe", organisierter Streikbruch.** Das Papierladenblatt in der Gr. Ulrichstraße wäre trotz der riesigen Zuwendungen aus der Parteikasse und der wärmsten Unterstützung durch das Unternehmertum schon längst vom Dalles erwischt, hätten nicht die gutbezahlten Reklameinserate für die Noskegarde dem Organ zur Verleumdung der revolutionären Arbeiterschaft auf die schwachen Beine geholfen. Neuerdings werden die schwindsüchtigen Inseratenspalten wieder ein wenig aufgefüllt durch die zahlreichen Aufrufe zum Beitritt in die sich schamhaft Technische Nothilfe nennenden Streikbrechergarden, zur Einwohnerwehr und Zeitfreiwilligenformationen. In diesen schreienden Reklameinseraten wird dem satten Spießertum Angst vor den Schrecken des „Bolschewismus" (heißt: Sozialismus!) gemacht, der ihre Spargroschen (Wuchergewinne muß es richtiger heißen!) zu verschlingen droht. „Wer im Winter nicht ohne Kohle, ohne Lebensmittel, ohne Licht sein will, stelle sich als Zeitfreiwilliger zur Verstärkung der Ordnungstruppen der Regierung für die Stunde der Not zur Verfügung," heißt es in den von Heuchelei und Verdrehung nur so strotzenden Aufrufen. Natürlich werden für die anstrengende Tätigkeit der Niederhaltung der revolutionären Arbeiterschaft auch die Gebührnisse und Rentenansprüche der Reichswehr in Aussicht gestellt. Noske, der gutbezahlte Kommis der monarchischen Gegenrevolution, versteht es ganz ausgezeichnet, mit allen Schlichen seine geliebte Reichswehr, die märchenhafte Summen verschlingt, durch Zeitfreiwilligenregimenter, Bürgergarden, Stahlhelmkompagnien usw. auf der alten „Höhe" zu erhalten. Und die rechtssozialistischen Streikbrecherorgane helfen eifrigst mit, „abzurüsten" — nämlich mit den letzten Resten der Revolution.

* **Unveränderte Fortdauer des Holzarbeiterstreiks.** Die Holzarbeiter haben gestern abend in einer überfüllten Versammlung zu dem am Sonnabend vom Schlichtungsausschuß gefällten Schiedsspruch Stellung genommen diesen mit allen gegen etwa 12 Stimmen abgelehnt und mit unverminderter Einmütigkeit die Fortführung des Kampfes beschlossen. Wir werden morgen über die neugeschaffene Situation eingehend berichten.

* **Ein Erfolg der Solidarität.** Der Streik der Buchdruckereihilfsarbeiter und -arbeiterinnen ist noch am gestrigen Tag beigelegt worden, nachdem auch den jüngeren Arbeiterinnen 8 Mk. Zulage gezahlt werden. Die Unternehmer hatten nur für Arbeiterinnen über 24 Jahre 8 Mk. bewilligt, während die Jüngeren nur 6 Mk. erhalten sollten. Das gesamte Hilfspersonal war aber für eine gleichmäßige Zulage, beschloß deshalb den Streik und legten geschlossen die Arbeit nieder. Es werden nun Zulagen gewährt: Für männliches Personal über 24 Jahren 10 Mk., unter 24 Jahren 8 Mk.; für weibliches Personal über 18 Jahren 8 Mk., unter 18 Jahren 6 Mk.; für Lernende 3 Mk. Rückwirkend ab 1. Oktober.

* **Auch das Petroleum wird teurer!** Wie das Reichswirtschaftsministerium mitteilt, muß (?) ein Teil des im Oktober zur Verteilung kommenden Petroleums zu etwas erhöhtem Preise abgegeben werden. Die alten billigen Bestände reichen zur weiteren Verteilung nicht mehr aus. Die inzwischen eingeführten Mengen aber haben sich infolge des Fallens unserer Valuta wesentlich teurer gestaltet. Es darf jedoch das Liter Petroleum bei Lieferung vom Lager oder Laden des Verkäufers ab 1,80 Mk., bei Lieferung in das Haus des Verkäufers 1,85 Mk. nicht übersteigen. Durch Abschluß von weiteren Verträgen ist inzwischen die Einfuhr von Petroleum in dem Maße gesichert worden, daß der dringendste Bedarf für den Winter wird befriedigt werden können. Ein billiger Trost, mit dem die armen Proletarier nur ihre Wohnungen nicht beleuchten können.

* **Weitere Fusionen in der Brauereiindustrie.** Die Engelhardt-Brauerei Aktiengesellschaft in Berlin und Halle, die erst vor einiger Zeit die hiesige Stadtbrauerei und die Rauchfuß-Brauereien aufgesogen hat, erwarb, wie wir von wissender Seite erfahren, die Stadtbrauerei in Merseburg. Der Betrieb wird in unveränderter Weise fortgeführt. Das Kontingent der Engelhardt-Brauerei erfährt dadurch eine weitere Erhöhung um rund 100 000 Hektoliter. Der nächsten Generalversammlung der Engelhardt-Brauerei wird die Zuwahl des bisherigen Mitinhabers der Stadtbrauerei Merseburg, Kommerzienrat Berger, in den Aufsichtsrat vorgeschlagen werden.

* **Früherer Beginn der Postbestellung.** Infolge mehrfacher Beschwerden wegen später Zustellung der Postsachen in den Morgenstunden hat das Postamt 1 den Beginn der ersten Bestellung auf 7.40 Uhr früh festgesetzt. Diejenigen Geschäfte usw., die erst um 8 Uhr oder später ihren Dienst beginnen und in Zukunft etwa bereits vor 8 Uhr vom Briefträger aufgesucht werden, handeln im eigenen Interesse, wenn sie Vorsorge zur Empfangnahme der Postsachen treffen.

* In einer Mitgliederversammlung der Kriegshinterbliebenen-Abteilung der hiesigen Ortsgruppe des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten hielt am Freitag in Wilsdorfs Gesellschaftshaus Kamerad Fritz Vogel von der hiesigen Jugendhilfe einen Vortrag über das geforderte und in Aussicht stehende Jugendgesetz. Er führte in längeren Betrachtungen aus, daß zwischen Mutterschutz, Kindesschutz und eigentlicher Jugendpflege zu unterscheiden wäre. Eine richtige Jugendpflegebewegung müßte jedenfalls schon bei dem Schutz der Mutter während der Schwangerschaftszeit einsetzen. Ferner streifte er die Säuglingspflege, die Klippschulen und Einrichtungen der Horte und Heime für die nicht schulpflichtigen Kinder. Besonders ging er auf die Pflege für die schulentlassene Jugend bis zum 18. Jahre ein. Er forderte Heraufsetzung des Strafmündigkeitsalters, Erweiterung der besonderen Jugendgerichtsbarkeit, strenge Kino- und Schundliteraturzensur usw. Der Vortrag fand reichen Beifall. In der Debatte regte eine Kriegerwitwe an, daß für die Kriegerwaisen nur Kriegsbeschädigte zu Vormündern bestellt werden. Unter anderem wurde noch häufigere Veranstaltung von Elternabenden, ferner Gleichberechtigung der unehelichen Kinder mit den ehelichen gefordert.

* **Stadttheater.** Heute, Mittwoch, gelangt der Schwank Die Rutschbahn zur Aufführung. Donnerstag — Anfang 7 Uhr — geht Goethes Egmont mit der Musik von Beethoven in Szene. Freitag Die Zauberflöte, Sonnabend Zar und Zimmermann, Sonntag nachmittag Volksvorstellung Einsame Menschen, Sonntag abend Erstaufführung Das Dorf ohne Glocke, Singspiel von Eduard Künneke.

* **Richard Wagner-Abend.** Zwei Wagnersänger, von den letzten Festspielen im hiesigen Stadttheater noch in bester Erinnerung, sind für ein Konzert am 28. Oktober in den Thaliasälen verpflichtet worden. Es sind dies Lilly Hafgren-Waag von der preußischen Staatsoper in Berlin und Kammersänger Fritz Vogelstrom von der sächsischen Landesoper in Dresden. Karten sind bei H. Hothan zu haben.

* **Im Apollotheater** gelangte gestern die Operette Die Tugendfreundin von Hans Forstner zur Aufführung. Ueber den Inhalt selbst ist nicht viel zu sagen. Es handelt sich um ein lustiges Singspiel, das wohl geeignet ist, die Sorgen des Alltags auf einige Stunden vergessen zu machen. Besonderen Beifall fand die Figur des Dieners im 1. und 2. Akt und die Figur des Gerichtsdieners im 3. Akt. Die Wirkung war wohl deshalb so anheimelnd, weil der Darsteller sich des Hallischen Dialekts bediente. Die einstudierten Tänze fanden freundliche Aufnahme und mußten größtenteils wiederholt werden; besonders gut gelang der Schmetterlingstanz. Darsteller, Dichter und Komponist wurden mit Blumen überschüttet. — Denjenigen, die einige vergnügte Stunden verleben und einmal tüchtig lachen wollen, sei der Besuch des Apollotheaters bestens empfohlen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219191022-11/fragment/page=0006

* **Eine Kohlenschiebung ist hier aufgedeckt worden**, an der 6 Personen beteiligt waren. Es wurde ihnen nachgewiesen, daß sie rechts 4 Waggons Briketts verschoben hatten. Weitere sollten folgen, desgleichen 1 Waggon Zucker. Sie wurden festgenommen. **Drei der Beteiligten wurden der Staatsanwaltschaft zugeführt.**

* **Gestörte Einbrecher.** In letzter Nacht wurde in das städtische Leihamt eingebrochen. Der Einbruch wurde rechtzeitig bemerkt, doch sind die Diebe unerkannt entkommen. Gestohlen ist nichts. — In vergangener Nacht wurde versucht, in ein Zigarrengeschäft in der Friesenstraße einzubrechen. Die Diebe wurden durch einen Polizeibeamten gestört und ergriffen die Flucht. Der Beamte schoß auf einen, da derselbe auf mehrmaligen Haltruf nicht stehen blieb. Zwei der Mittäterschaft dringend verdächtige Männer wurden festgenommen und eingeliefert.

Osendorf. Däumig-Versammlung. Am Sonnabend, den 25. Oktober, abends 7 Uhr, findet in Osendorf im Dreierhaus eine große öffentliche Bergarbeiterversammlung statt. Tagesordnung: Der Aufbau des Rätesystems. Referent: Gen. Ernst Däumig (Berlin). Däumig gilt als der hervorragendste Kenner des Rätesystems, und es kann nur jedem Arbeiter und Angestellten empfohlen werden, die Versammlung zu besuchen.

Löbejün. Betriebseinstellung der Kleinbahn. Der Betrieb der Nauendorfs-Gerlebogker Eisenbahn ist wegen Ausstandes des Personals vollständig eingestellt. Ueber die Dauer der Unterbrechung läßt sich bis jetzt noch nichts Bestimmtes sagen.

Aus den Gerichtssälen.

Schwurgericht.

Wegen schwerer Urkundenfälschung hatte sich der Dreher Willi Moos zu verantworten. Der Angeklagte, der noch im Februar dem 4. Fußartillerieregiment in Magdeburg angehörte, hatte in Oberhof versucht, auf einen bereits verfallenen Fahrtausweis eine Militärfahrkarte für 10 Pf. zu bekommen. Obwohl er keine Marke erhielt, stieg Moos in ein Abteil 4. Klasse ein, und da er sich weigerte, auf die Aufforderung des Beamten hin auszusteigen, hatte er sich vor dem Schwurgericht noch wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt zu verantworten. Am 17. Februar fuhr der Angeklagte mit einem gefälschten Militärfahrschein, den er in Magdeburg von einem Soldaten um 5 Mk. gekauft hatte, in Urlaub. Da dem Angeklagten nicht bewiesen werden konnte, daß er den Fahrschein selbst unterschrieben hat, verneinten die Geschworenen die Schuldfrage nach schwerer Urkundenfälschung, bejahten aber die Schuldfrage nach Widerstand gegen die Staatsgewalt. Der Gerichtshof sprach infolgedessen eine Gefängnisstrafe von 7 Wochen aus, die der Angeklagte durch die Untersuchungshaft bereits verbüßt hatte.

Aus der Provinz.

An die Braunkohlenbergarbeiter Mitteldeutschlands.

Um alle entstandenen Unklarheiten zu beseitigen, bringen wir hiermit den mitteldeutschen Bergarbeitern zur Kenntnis, daß der Bezirks-Bergarbeiterrat Halle an den Verhandlungen über den Abschluß eines Tarifvertrags für das mitteldeutsche Braunkohlengebiet nicht beteiligt gewesen ist.

Der erweiterte Bezirks-Bergarbeiterrat hat sich in seiner Sitzung am 18. Oktober mit dem jetzt abgeschlossenen Tarifvertrag befaßt, und aus der Erkenntnis heraus, daß durch diesen Vertrag den Forderungen der Bergarbeiter bei weitem nicht genügend Rechnung getragen worden ist, verwirft der Bezirks-Bergarbeiterrat den Tarifvertrag. Das Tarifabkommen atmet den Geist der Arbeitsgemeinschaft; neben unzureichenden, der heutigen Teuerung nicht entsprechenden Lohnerhöhungen enthält der Vertrag Bestimmungen, die keinen Fortschritt, sondern einen Rückschritt bedeuten und die Herrschaft des Bergwerkskapitals von neuem festigen. Die noch bestehenden Revolutionserrungenschaften einzelner Reviere sind preisgegeben worden. Der gesamte Tarifvertrag erschwert den Kampf der Bergarbeiter um die wirtschaftliche Gleichberechtigung, um Macht und Einfluß in den Betrieben auf das schlimmste.

Bezirks-Bergarbeiterrat Halle.
König. Peters.

Kommunale Beratungsstelle des Bezirkssekretariats Halle

Die kommunale Beratungsstelle des Bezirks soll eine Zentrale der Gemeindepolitik des Agitationsbezirks Halle sein. Ueber alle kommunalpolitischen Fragen soll die Beratungsstelle einheitliche Richtlinien aufstellen, den einzelnen Stadtverordneten und Gemeindevertretern bei der Stellungnahme zu besonderen Fragen beistehen, um unser Kommunalprogramm zu verwirklichen.

Diese Aufgaben kann die Beratungsstelle aber nur erfüllen, wenn sie in inniger Verbindung mit den einzelnen Fraktionen der Stadtverordneten und Kreistage steht. Die Vorsitzenden der Stadtverordneten- und Kreistagsfraktionen unserer Partei im Agitationsbezirk Halle wollen deshalb ihre Adressen an das Bezirkssekretariat der U. S. P., Halle, Harz 42-44, unter gleichzeitiger Angabe der Stärke der Fraktion zu den übrigen Parteien, sofort senden.

Aus diesen Vorschlägen der einzelnen Fraktionen wird alsdann die nächste Bezirkskonferenz am 25. Oktober je eine Stadtverordnetenberatungskommission (St.-V.-K.) und Kreistagsberatungskommission (Kr.-V.-K.) bilden. Die beiden Körperschaften werden dann gemeinsam mit der Beratungsstelle des Bezirks für eine klare Kommunalpolitik im Sinne der U. S. P. wirken und sich die weitere Aufklärung unserer Genossen in den einzelnen Vertretungen angelegen sein lassen. Dabei wird die St.-V.-K. die Stadtverordnetenangelegenheiten bearbeiten, während die Kr.-V.-K. eine zielbewußte Politik für das platte Land in die Wege zu leiten hat.

Gleichzeitig wird durch beide Kommissionen die Möglichkeit geschaffen, unsere neue sozialistische Gemeindezeitung für beide Gebiete unserer Kommunalpolitik durch ständige Berichterstattung auszubauen und können die vielen Sünden der „Kommunalen Praxis" verhindern.

Am 1. November treten die neuen Amtsvorsteher ihre Aemter an, die „demokratische" Regierung, für deren Gesetze und Verordnungen sie eintreten sollen, bekümmert sich aber nicht darum, den neuen Männern, welche die verstaubten Gesetze und Verordnungen mit neuem sozialen Geist erfüllen wollen, mit Hilfsmaterial an die Hand zu gehen. Sie überläßt sie der Pein, wie die neugewählten Gemeindevorsteher. Wir beabsichtigen deshalb, einen **Leitfaden für Gemeinde- und Amtsvorsteher** herauszugeben, welcher das nötige geistige Rüstzeug enthält.

Jeder Genosse, der durch das Vertrauen der Arbeiter auf einen vorgeschobenen Posten in der Kommunalverwaltung gestellt wurde, ist verpflichtet, diesen Leitfaden zu besitzen; aber auch für alle anderen Genossen ist derselbe empfehlenswert. Wir bitten deshalb um sofortige Bestellung wegen der Höhe der Auflage. Ein gemeinsamer Bezug für die einzelnen Orte ist vorteilhaft.

Die Bezirksleitung Halle der U. S. P.

Große Betriebsrätekonferenz für das mitteldeutsche Bergrevier.

Am Sonntag, den 26. Oktober, vormittags 8½ Uhr, tagt in Halle a. d. Saale im Volkspark eine Konferenz der Betriebsräte sämtlicher Bergwerks- und Schachtanlagen des mitteldeutschen Bergreviers.

Tagesordnung:

1. Das Rätesystem — eine Lebensnotwendigkeit. Referent: Ernst Däumig, Berlin.
2. Die Sozialisierung des Bergbaues. Referent: Wilhelm Koenen, Halle.
3. Verschiedenes.

Die Konferenz soll die noch bestehenden Unklarheiten über das Rätesystem beseitigen und wird von weittragender Bedeutung für den zukünftigen Aufbau des revolutionären Rätesystems sein. Die einzelnen Betriebsräte sind möglichst in ihrer vollen Stärke (Arbeiter und Angestellte) zu dieser Konferenz zu delegieren. Wo keine Betriebsräte bestehen, ist eine entsprechende Anzahl Arbeiter- und Angestelltenausschußmitglieder zu entsenden. Wir ersuchen die Belegschaften, sofort in Betriebsversammlungen zu dieser Konferenz Stellung zu nehmen, um die gewünschte Delegation zu ermöglichen.

Bezirks-Bergarbeiterrat Halle.
Koenen. König. Peters.

Merseburg. Diskussionsabend. Kommenden Freitag wird ein Vortrag über Kommunalpolitik gehalten. Die Genossinnen und Genossen, besonders die Vertreter im Stadtparlament, werden hierzu eingeladen.

— Freie Jugend. Am Donnerstag, den 23. Oktober, findet im Thüringer Hof ein Lichtbildervortrag über Wilhelm Busch statt. Eintrittsgeld wird nicht erhoben. Zahlreichen Besuch erwartet die Jugendleitung.

Sangerhausen. Ein Diebesnest. Eine Reihe von meist jugendlichen Arbeitern hatte auf dem hiesigen Bahnhofe schon seit Jahren gestohlen wie die Raben. Alles, was nicht niet- und nagelfest war, wurde erbrochen. Jetzt hat die hiesige Polizei den Uebeltätern das Handwerk gelegt. Bei den Haussuchungen wurde eine Unmenge von gestohlenen Gegenständen bei den Belasteten gefunden. Kleidungsstücke, Lederzeug, Stiefel, Nahrungsmittel, sogar Telegraphendraht, alles war diesen hoffnungsvollen jungen Leuten, die zum Teil von der Eisenbahnverwaltung schon vor längerer Zeit entlassen worden waren, geraubt worden. Es steht zu vermuten, daß auch in anderen Ortschaften mit größeren Bahnhöfen auf diese Weise viel verschwindet.

Sangerhausen. Aus Freundschaft ins Zuchthaus. Im Frühjahr 1916 hatte auf der Bahnfahrt von Artern nach hier ein Eierhamsterer aus Berlin das Pech, daß ihm 70 Eier, die in einem Korbe verpackt waren, gestohlen wurden. Der Verdacht fiel auf eine Schuhmachersfrau von hier, bei der auch die Eier gefunden wurden. Sie stellte die Besitzergreifung der Eier als ein Versehen hin, aber trotzdem erfolgte die Verhandlung wegen Diebstahls vor der Nordhäuser Strafkammer am 23. August 1916. Nun mußten Zeugen herangeschafft werden, um die Unschuld der D. nachzuweisen. Es fand sich die Ehefrau Anna Stolze von hier, die aus Freundschaft eine falsche Aussage machen wollte. Sie sollte von den Eheleuten D. dafür eine billige Wohnung erhalten. Sie sagte eidlich aus, daß sie von dem Bestohlenen gehört, daß die ganze Geschichte auf einen Irrtum zurückzuführen, und er den Eierbehälter selbst in den Korb der Frau D. gestellt habe. Das Gericht schenkte der Zeugin wenig Glauben, vertagte die Verhandlung und setzte für den 13. September 1916 eine neue an, in der Frau Stolze ihre schon gemachten Aussagen mit einem weiteren Eid bekräftigte. Das Gericht kam aber doch zur Verurteilung. Frau D. erhielt vier Monate Gefängnis. Die Familie Stolze zog in die versprochene Wohnung und zahlte pro Monat 1,50 Mk. weniger Miete wie bisher. Es kam bald zu Zwistigkeiten unter den Familien, die schließlich dazu führten, daß der Ehemann die Eierangelegenheit dem Staatsanwalt übergab, um der Familie D. einen Strick zu drehen. Frau Stolze entzog sich der Verhaftung, indem sie sich 1½ Jahre verborgen hielt und in Ostpreußen arbeitete. Im Juni dieses Jahres wurde sie verhaftet und hatte sich am Dienstag vor dem Nordhäuser Schwurgericht wegen Meineides zu verantworten. Der Ehemann Denke, gegen den ebenfalls ein Verfahren schwebte, hat Selbstmord verübt. Die Angeklagte ist wiederholt vorbestraft und hat auch unter Sittenkontrolle gestanden. Sie ist geständig, will sich aber auf Einzelheiten nicht mehr entsinnen. Das Urteil lautete auf 2½ Jahre Zuchthaus. Drei Monate kamen für die erlittene Untersuchungshaft in Anrechnung.

Herzberg. Es darf geballert werden! Vor einiger Zeit schon machten wir im Volksblatt darauf aufmerksam, daß die Amtsvorsteher im hiesigen Kreise anläßlich von Scharfschießen der Kriegervereine oder der Einwohnerwehren offenes Gelände und Straßen absperren. Wer die Absperrungsmaßregeln nicht beachtet, läuft Gefahr, erschossen zu werden. In einem Schreiben vom Beauftragten des Kreisarbeiterrates an den kom. Landrat wurde auf die Gefährlichkeit dieser Schießerei hingewiesen und ersucht, das Scharfschießen, soweit nicht Schießstände zur Verfügung stehen, zu verbieten. Aber da kam man bei dem Herrn schön an. Aus dem Antwortschreiben, in welchem der Landrat die Schießerei rechtfertigte, kann man erkennen, welche Gesinnung in jenen Kreisen herrscht. Es heißt im Schreiben: „Derartige Schießen haben, ohne daß von irgend einer Seite Beschwerde erhoben wurde, schon seit Jahrzehnten stattgefunden, und es haben sich Unglücksfälle dabei erfreulicherweise nicht ereignet. Sie (also die Schießereien) zu verbieten, halte er jetzt die Zeit für um so weniger geeignet, als die Mitglieder der genannten Wehren usw. dazu berufen sind, ihre Gemeinden vor „plötzlichen Ueberfällen von Raubgesindel" zu schützen. Dazu bedürfen sie aber der Uebung im Gebrauch der Waffe." Jeder Mensch muß sich nun fragen, wer aber was ist mit Raubgesindel gemeint. Etwa einige Arbeiterfrauen, die in ihrer Not auf irgendeinem Gutsacker Aehren lesen, oder die sich in irgendeinem Forst etwas Feuerholz suchen, um die sehr knapp bemessene Kohlenration damit etwas zu strecken? Oder sind mit Raubgesindel diejenigen gemeint, die die allgemeine Ernährung schwer schädigen und die Not des Volkes immer mehr steigern, indem sie ihrer Ablieferungspflicht nicht nachkommen und ihre Erzeugnisse zu Wucherpreisen verschieben. Wenn gegen solche Hyänen sich die Kriegervereine oder Einwohnerwehren im Gebrauch der Waffe üben würden, so wäre das zu verstehen, wenn auch nicht zu billigen. Aber des Pudels Kern ist hier ein anderer! Man treibt das Volk in eine Notlage, um es dann vor die Gewehrläufe der geübten Einwohnerwehren und Kriegervereine zu bringen. Wenn der Landrat weiter schreibt: „Er habe den Ortspolizeibehörden erneut zur Pflicht gemacht, derartige Scharfschießen nur unter der Bedingung zu genehmigen, daß Tag und Stunde des Schießens sowie das gefährdete Gelände unter Angabe der Richtung, in der geschossen wird, rechtzeitig bekanntgemacht wird, und ferner, daß das fragliche Gelände durch Posten, Fahnen und Tafeln, welche ½ Stunde vorher aufgestellt sein müssen, abgesperrt sei, so ändert das an der Sache gar nichts. Jeder Mensch mit gesundem Verstand muß sich sagen, daß derartige Schießereien Unsinn sind, wenn nicht andere Zwecke damit verbunden sind. Die konservativen Reaktionäre rüsten zur Gegenrevolution, das gutmütige Volk aber sieht zu und barbt weiter. Wenn es sich aber gar empören und schließlich aufs Land gehen sollte, um den knurrenden Magen zu befriedigen, so warten seiner die in Waffen starrenden Kriegervereine und Einwohnerwehren. Herrliche Zeiten, ein Jahr nach der Revolution.

Artern. Mehr Leben in die Bewegung! Unsere Parteibewegung hier am Orte zeigt ein betrübendes Bild. Der Versammlungsbesuch ist ein schlechter, und an der großen Gleichgültigkeit, die eingerissen ist, hätte das Spießbürgertum seine wahre Freude. Selbst taktische Fragen, die jetzt in der Partei erwogen werden, vermögen nicht bei den Parteigenossen das so nötige Interesse zu erwecken. Parteigenossen und Genossinnen, wohin soll das führen? Die Arbeiterschaft steht vor wichtigen Entscheidungen und da ist es erforderlich, daß jeder eingelne mehr denn je seine Schuld und Pflicht erfüllt. Es heißt den Boden vorzubereiten, auf dem unsere Saat gedeihen soll. Wer aber schläft, kann keine weltgeschichtlichen Taten vollbringen. Darum heraus aus eurer Gleichgültigkeit und besucht die Versammlung am Sonnabend, den 25. Oktober, findet unsere Mitgliederversammlung statt, mit der wichtigen Tagesordnung „2. oder 3. Internationale".

Mühlberg. Junkerliche Willkür. Eine studentische Genossin aus dem besetzten Rheinland war als Hauslehrerin bei dem Gutsbesitzer Abel in Coßdorf angestellt und wurde ohne gesetzliche Kündigung, ohne Angabe eines Grundes und ohne Schadenersatzleistung schon nach zwei Monaten einfach auf die Straße gesetzt. Bei unserem Mühlberger Vertrauensmann fand sie Schutz und Herberge, und es wurde am Amtsgericht eine Schadenersatzklage gegen A. anhängig gemacht. Während der Gerichtsverhandlung erklärte der Anwalt des Beklagten, daß die Kündigung nach § 626 zu Recht erfolgt sei, da ein wichtiger Grund vorliege: Die Klägerin sei Kommunistin, Spartakistin und habe dem Unterricht ihre kommunistischen Ideen zu Grunde gelegt. Beweis sei das Zeugnis des Kreisschulinspektors, welcher den Unterricht inspiziert habe. Es war der Genossin leicht, diese Erklärung als grobe Erfindung und Lüge zu entkräften, da sie über ein Schreiben des Kreisschulinspektors verfügte, aus dem dessen Unparteilichkeit hervorging. Zudem hatte nie eine Unterrichtsinspektion stattgefunden, und niemals hatte der Beklagte seine Unzufriedenheit mit der Lehrtätigkeit der Klägerin an den Tag gelegt. Zudem liegt lediglich die persönliche Roheit und Unduldsamkeit des A. gegenüber politisch Andersdenkenden. Weit entfernt davon, auf rechtlichem Wege und unter Wahrung der im Verkehr zwischen Gebildeten sonst üblichen Anstandspflichten die ihm verhaßte Lehrerin zu entlassen, trieb er sie durch Gewaltandrohung aus dem Hause, wohl in der Hoffnung, das Gericht würde gegen die „Sozialistin" zu seinem Gunsten entscheiden. Aber das geschah nicht! Das Amtsgericht Mühlberg verurteilte den Beklagten zur Zahlung des geforderten Schadenersatzes von 900 Mk. und der nicht unerheblichen Kosten des Rechtsverfahrens. Junkerliche Willkür ist eben kein „bürgerliches Recht".

Zeitz. Verhaftung der Spielklubräuber. Wie aus Leipzig gemeldet wird, sind die Räuber, welche in voriger Woche hier den Spielklub düpierten und ausraubten, in Leipzig verhaftet worden. Es soll sich um acht junge Leute handeln, die den „besseren" Ständen angehören und hinter denen man keine Räuber gesucht hätte. Ja, ja, die Schale macht's nicht!

Schildau. Wie die Kartoffelnot erzeugt wird, dafür lieferte ein hiesiger Landwirt und demokratischer Stadtverordneter einen drastischen Beweis. Vorabschätzungsweise betrug seine Gesamternte an Kartoffeln 132 Zentner. Großmütig hatte der Herr 125 Zentner abgeliefert, sodaß ihm selbst angeblich nur 7 Zentner für sich und seine Wirtschaft verblieben. Doch das Unglück ereitet schnell, und so kam es auch hier in Gestalt des Herrn Stadtoberhauptes und des Gendarmen. Und siehe da, diese Herren schätzten die Ernte auf 400 Zentner. Hier wäre für die Behörden ein dankbares Arbeitsfeld. Hoffentlich verfallen die mehrgeschätzten Mengen restlos der Beschlagnahme. Wie uns glaubwürdig mitgeteilt wird, hat der sogenannte Bauernrat die erste Schätzung vorgenommen, die einem Bauernrat ja alle Ehre macht. Ob so überall geschätzt wurde?

Sozialdemokrat. Verein (U. S. P.) für Halle und Saalkreis.

Proletarier!

Falsche Freunde verraten die Revolution! Kapitalisten bedrohen sie! Helft uns, den Kampf dagegen zu führen! Schützt die revolutionären Errungenschaften! Fordert die Fortführung der Revolution! Kämpft für die Durchführung des Sozialismus! Stärkt unsere Organisationen, die dafür eintreten! Werbt für unsere Presse, die Aufklärung bringt und euch die Waffen liefert zum Kampfe! Führt Organisation und Presse die nötigen Mittel zu! Gebt freudig und gern!

Zeichnet auf unsere Sammellisten!

Arbeiter-Sekretariat, Halle (Saale).

Sprechstunden für auswärtige Partei- und Gewerkschaftsmitglieder nur vormittags von 11 bis 1 Uhr; für in Halle wohnende nur nachmittags von 4½ bis 7 Uhr. Sonnabend nachmittags und Sonntags geschlossen.

Volksfest Halle

Exerzierplatz, hinter der Kaserne **Rossplatz!!**

Zurzeit unseres früheren **Herbst-Jahrmarktes** 5324

Zutritt frei! Alles muss sich amüsieren. Zutritt frei!

besonders grosser Rummel bis abends 10 Uhr.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219191022-11/fragment/page=0007

5329 **Walhalla-Operetten-Theater.**
Abends ½8 Uhr.
Grosser Erfolg!
Eine Walzernacht.
Operett.-Neuheit i. 3 Akt. von **Rudl Gfaller.**
Kasse 10-1½ u. 4-6 Uhr.

Stadttheater.
Donnerstag, 23. Oktober, Anf. 7 Uhr. Ende 11 Uhr:
Egmont. 5320
Freitag: **Die Zauberflöte.**

Birken-Vertiko, gut erh. **Nähmaschine** zu kaufen gesucht. **Zimmermann,**
5310 Gütchenstr. 1, prt. l.

Amtliche Bekanntmachungen.

Saalkreis.

Bekanntmachung.

Nachdem das Direktorium der Reichsgetreidestelle den Mindestsatz, bis zu dem die zur Brotherstellung bestimmten Mengen Brotgetreide auszumalen sind, bei Roggen auf 82 v. H. und bei Weizen auf 80 v. H. herabgesetzt hat, wird zu der Anordnung zur Regelung des Brot- und Mehlverbrauches vom 9. August 1919 folgender

Nachtrag

erlassen:

Auf Grund der §§ 58—61 der Reichsgetreide-Ordnung für die Ernte 1919 vom 18. Juni 1919 (R. G. Bl. S. 525 u. 535) wird die Anordnung zur Regelung des Brot- und Mehlverbrauchs vom 9. August 1919 wie folgt geändert:

Artikel 1: § 4 erhält folgende Fassung:

Jede Brotmarke berechtigt zur Entnahme von entweder

500 g Roggenbrot oder
340 g Mehl oder
450 g Weißbrot oder Zwieback

und jede Zusatzbrotmarke zur Entnahme von 375 g Roggenbrot oder 255 g Mehl.

Der Höchstpreis beträgt von dem Tage ab, an dem 80 bezw. 82 prozentiges Mehl verwendet wird,

für ein Roggenbrot zu 2 Kilogramm 1.36 Mk.,
für ein Roggenbrot zu 4 Kilogramm 2.72 Mk.,
für ein Weißbrot zu 75 Gramm . . 0.09 Mk.,
für 340 Gramm Roggenmehl . . . 0.25 Mk.,
für 340 Gramm Weizenmehl . . . 0.28 Mk.,
für 340 Gramm feineres Weizenmehl 0.34 Mk.,
für 255 Gramm Roggenmehl . . . 0.19 Mk.,
für 255 Gramm Weizenmehl . . . 0.21 Mk.,
für 255 Gramm feineres Weizenmehl 0.26 Mk.,

Für Zwiebäcke werden Höchstpreise nicht festgesetzt.

Artikel 2: Dieser Nachtrag tritt mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft.

Halle, den 20. Oktober 1919.

Der Kreisausschuß des Saalkreises.
J. V.: Frhr. von Nordenflycht, Regierungsassessor. 5304

Bekanntmachung.

In der Woche vom 26. Oktober bis 1. November 1919 kommen auf die Fettmarke Nr. 5 im Saalkreis an Speisefetten zur Verteilung:

40 Gramm Auslandsbutter und 60 Gramm Margarine an einen Versorgungsberechtigten.
100 Gramm Butter an einen Selbstversorger.

Kreisfettstelle des Saalkreises.
J. V.: Pulver. *3353

Bekanntmachung.

Das Generalkommando des IV. Armeekorps ist als solches mit dem 30. September 1919 eingegangen. Hiermit kommt auch das Verfügungsrecht des bisherigen Generalkommandos über den Verkauf oder das Ausleihen von Dienstpferden an die Landwirtschaft in Fortfall. Nach den Bestimmungen der Reichswehr-Befehlsstelle haben Pferdeverkäufe an die Landwirtschaft aus Anlaß der Verminderung des Heeres — sobald der Verkauf freigegeben wird — nach neuen Gesichtspunkten unter Mitwirkung der Landwirtschaftskammer zu erfolgen.

Die Kreiseingesessenen mache ich hierauf mit dem Bemerken aufmerksam, daß Anträge an das Generalkommando zum Kauf oder zur Ausleihung von Militärpferden zwecklos, sind.

Halle, den 15. Oktober 1919.

Der Landrat des Saalkreises.
J. A.: Frhr. von Nordenflycht, Regierungsassessor. 5325

Bekanntmachung

Der Saatenstand Anfang Oktober 1919 im Saalkreise.

Begutachtungsziffern (Noten): 1 = sehr gut, 2 = gut, 3 = mittel (durchschnittlich), 4 = gering, 5 = sehr gering.

Fruchtarten usw.	Durchschnittsnoten für den Staat	Durchschnittsnoten für den Reg.-Bez.	Anzahl der von den Vertrauensmännern des Kreises abgegebenen Noten 1-2	2	2-3	3	3-4	4	4-5	5
Spätkartoffeln	3,2	3,4				4	2	7		1
Zuckerrüben	3,4	3,6				2	2	10		1
Futterrüben (Runkeln)	3,2	3,5				5		8		1
Kohlrüben (Steckrüb., Bodenkohlrabi, Wrucken, Dotschen)	3,4	4,0				1				1
Mohrrüben (Möhren, Karotten)	3,1	3,5				5	2	4		1
Weißkohl	3,1	4,0				1			1	4
Zwiebeln	3,1	3,4								
Klee, auch mit Beimischung v. Gräs.	2,8	3,8				1		4		6
Luzerne	3,3	3,7				3		2		7
Wiesen m. Be- oder Entwässerungsanl. (Rieselwiesen)	2,9	3,8				1				1
Andere Wiesen	3,2	3,9				2		3		7

Halle a. S., den 11. Oktober 1919.

Der Präsident des Preußischen Statistischen Landesamtes. Dr. Saenger.
5327

Bekanntmachung.

Auf Grund des § 1 der Verordnung, betreffend ein vereinfachtes Enteignungsverfahren, vom 11. September 1914 (GS. S. 159) in der Fassung der Verordnungen vom 25. September 1915 (GS. S. 141) und 15. August 1918 (GS. S. 144) wird bestimmt, daß das vereinfachte Enteignungsverfahren nach den Vorschriften der Verordnung bei der Herstellung einer elektrischen Doppelfreileitung von dem vom Reichsfiskus errichteten Schalthause in Bitterfeld nach einem von dem Elektrizitätswerk Sachsen-Anhalt bei dem Kraftwerk in Gröbers (Saalkreis) zu errichtenden Schalthause Anwendung findet, nachdem der Gesellschaft für Kraftübertragung G. m. b. H. in Berlin das Enteignungsrecht für den Bau der Leitung durch den Erlaß vom 26. August 1919 verliehen worden ist.

Berlin, den 17. September 1919.

Die Preußische Staatsregierung.
gez. Hirsch, Fischbeck, Braun, Haenisch, Dr. Südekum, Heine, Reinhart, Oeser, Stegerwald. 5326

Ansichts-Postkarten
empfiehlt Die Volks-Buchhandlung.

U.T.

Fernruf 5738. **Alte Promenade 11a.** Fernruf 5738.

Ab Freitag, den 24. Oktober 1919:

Die neueste

Film-Operette
Lachende Herzen

Musik von Carlo Emerich. 5306

U.T. Leipzigerstr.

Fernruf 1224.

Ab Freitag, den 24 Oktober 1919

Ellen Richter

in dem Film-Drama in 4 Akten

Das Teehaus zu den 10 Lotosblumen

Die Handlung spielt teils in Europa, teils in Japan.

Morgen letzter Tag!

Ossi Oswalda

in dem Lustspiel

Das Millionenmädel

5307

5330 **Warme**

Mäntel

von **88 Mk.** an.

Bruno Freytag,
Leipzigerstr. 100.

Günstiges Angebot!
Nichttropfende hellbrennende
*3245
:: Baum-Kerzen ::
Postpaket = 18 Kart. à 12 Stück 81.— Mk.
Haushalt-Kerzen
Postpaket = 10 Kart. à 10 Stück 65.— Mk.
Rauchfreie u. gefahrlose
Wunder-Kerzen
erstmalig wieder im freien Handel,
Postpaket = 60 Kartons = 25.— Mk. Probesend. enthält von jeder Sorte 1 Kart. = zus. 12.— Mk. gegen Nachnahme.
: Eistau-Lametta :
100 300 500 1000 Briefe
20.— 19.50 19.— 18.— M. p. 100.,
H. Br. Pietsch, Lauban.
Vertret. überall gesucht.

Grundstücks-versteigerung.

Sonnabend, d. 25. Okt., nachmitt. 3 Uhr, soll im „Gasthofe zu Zöberitz", (Station Tannepöls der Bitterfeld-Stumsdorfer Bahn) das Herrn Wilh. Bergmann daselbst gehörige, Südstraße Nr. 7, belegene, in sehr gutem Zustande sich befindliche Grundstück, besteh. aus Wohnhaus m. entsprechenden Hintergebäuden, angrenzendem Garten und 1 Morgen sehr gutem Acker zu den im Termin bekannt zu gebenden Bedingungen öffentlich meistbietend versteigert werden.
*3347 **Der Besitzer.**

Mode-Zeitungen
empfiehlt die
Volksbuchhandlung, Halle a. S., Harz 42/44.

Geübte *3356
Kurbelstickerin
nach auswärts sofort gesucht.
Gefl. Angeb. unt. V. H. 415 a. d. Exped. d. Bl.

Arbeitsmarkt

Zimmerer

stellt ein *3360
J. C. Mebus, Baugeschäft. Ammendorf.

Jeder

kann seine Ausgaben verringern. Auskunft kostenlos durch meine Preisliste.
R. Schulz, Hannover,
Gr. Pfahlstr. 21 B. *3351

Sofa, Steglitsch und Muschel-Bettst. m. Mtr. zu verk. **Zimmermann,**
5311 Gütchenstr. 1, prt. l.

Volkspark,
Burgstraße 27.
Kräftiger 4671
Mittagstisch.

4672
Gummi
Preisliste gratis
C. KLAPPENBACH
Fachgeschäft u. Versandhaus für sanitäre Artikel
Halle a/S. Gr. Ulrichstr. 41
Fernr. 6545.

Kaufe jeden Posten
Pferde *3256
zum Schlachten.
Gustav Schenk,
Roßschlächterei,
Diemitz (Saalkreis).
Telephon 2898.

Bettnässen *3304
Befreiung garantiert sofort. Alter u. Geschlecht angeben. Auskunft gratis.
Versandhaus Wohlfahrt, München 501, Hiltensbergerstr. 6.

Ladenregale mit Ladentisch
zu verkaufen. 5319
Glauchaerstr. 3 im Laden.

Fellsammler!
Zahle für **Häute und alle anderen**
Felle 5308
die höchsten Tagespreise.
Leo Feltscher,
Rohprodukten.
Taubenstr. 3. Tel. 6176.

Achtung!
5309 **Händler!**
Wer zahlt die **höchsten Tagespreise für**
Metalle?
Leo Feltscher,
Rohprodukten.
Taubenstr. 3. Tel. 6176.

Tabak-Beize
für selbstgebauten Tabak eingetroffen, à Beutel 2 M.
Dänischer Kautabak
à Packet 4,50 Mk. 5323
Franz Rudloff Thomasiusstraße 34.

Gebrauchte
Möbel,
Bettstellen mit Matr. 75 Mk., Sofa 180 Mk., Steg-, Auszieh-, Vierzugtische, Plüschgarnituren, Vertiko, Trumeau, Kleiderschränke, vollständige Zimmereinrichtungen verkauft billig. 5305
Friedrich Pelleke,
Geiststraße 25.

Junges, anständiges, kinderloses Ehepaar sucht sofort 5318
ein gr. leeres Zimmer
oder 2 **kleinere** Zimmer mit Kochgelegenheit. Zu berichten an **C. Bössner,** Glauchaerstr. 3 part.

Apollo-Theater.
Täglich abds. 7½ Uhr:
Die Tugendfreundin. 5315
Operett. v. H. Forstner.
Musik von Otto Gaze.
Waldorf Max Willenz a. G.
Merten . . Hans Forstner.
Helene . . . . Mela Helm.
Vorverk. 9-1 u. 5-½7.

Karbid,
1 Pfund 1.10 Mk.
5301 Erstklassige
Karbidtischlampen
eingetroffen. Decken Sie Ihren Bedarf z. recht. Zeit.
Sonnabend, 25. Oktober, von 12 Uhr mittags an, ist mein Geschäft wegen Familienfeier geschlossen.
Karbid-Wurmstich,
Merseburger Straße 163

1 Paar neue Stiefeln,
Nr. 26, gegen 28 zu vertauschen oder zu verkauf.
Ofendorf, *3357
Regensburger Straße 10.

Zur Anfertigung feiner
Herren garderobe
nach Maß empfiehlt sich
Otto Bartelt,
Dreyhauptstr. 7. 5302

Strümpfe werden mit guter Wolle angestrickt. 5312
Maschin.-Strumpf-Strickerei
Otto Bolze, Scharrenstr. 10.
Schnelle Bedienung.
Billige Preise.

Empfehlen zur Anschaffung:

N. Lenin,
Die nächsten Aufgaben der Sowjet-Macht.
Preis 1.— Mk. Porto 5 Pfg.

H. Berliner,
Der Bolschewistische Staat.
Die Gestaltung der russischen Sowjet-Republik.
Preis 1.80 Mk. Porto 10 Pfg.

Die Diktatur des Proletariats von Lenin.
Preis 2 M. Porto 15 Pf.

Was trennt uns Unabhängige von den Rechtssozialisten
von Marchionini.
Preis 30 Pf. Porto 5 Pf.

Unabhäng. Sozialdemokratie oder Kommunistische Partei
von Fritz Buchta.
Preis 15 Pf. Porto 5 Pf.

Zu beziehen durch die
Volks-Buchhandlung
Harz 42/44.

3341 **Hund**
(Dobermann) zugelaufen.
Döllnitz, Mühlenstraße 12.

Achtung! 5321
Diejenige Person, welche gestern abend im Biophon-Kino die schwarze Handtasche an sich nahm, ist von einer Dame im Kino erkannt worden und wird erstere ersucht, die Handtasche in der **Spiegelstrasse 4,** bei Schnabel, gegen hohe Belohnung abzugeben, andernfalls die Angelegenheit in die Hände d. Polizei übergeht.

Bernsteinkette, 5303
mit Anhänger (Familienstück), Sonnabend, den 18. Oktober, nachmittags auf dem Wege Schmeerstr. —Alter Markt—Moritzzwinger **verloren.** Bitte gegen Belohnung abzug. Beesener Str. 101. Becher.

Der Arbeiter-Rat.

Organ der Arbeiterräte
Deutschlands.

Erscheint jede Woche.

Einzelheft 75 Pfg. Vierteljahr 7.20 Mk.

Jedes Arbeiterrats-Mitglied, jeder Arbeiterrat, muß diese Zeitschrift halten, da dies die einzige aktuelle Zeitschrift in diesem Sinne ist.

Bestellungen nehmen alle Austräger des Volksblattes entgegen, oder direkt zu beziehen durch die

Volksbuchhandlung, Halle a. S., Harz 42/44.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219191022-11/fragment/page=0008
DFG